

Nauener Oberschule protestiert gegen Stundenkürzungen

Veröffentlicht am 3.01.2011 durch Redaktion

Auf der Internetseite der Graf-Arco-Oberschule nimmt der Schulleiter Stellung zu den Stundenkürzungen:

<http://www.grafvonarco-schule.de/> , Rubrik "Der Rektor informiert"

Stundenkürzungen beschäftigen Landtag

Veröffentlicht am 17.01.2011 durch Redaktion

Unter Hinweis auf den Kreisschulbeirat HVL hat die Abgeordnete Gerrit Große die Stundenkürzungen im Schulamtsbezirk Brandenburg/Havel in einer Mündlichen Anfrage thematisiert. Nach Informationen des Kreisschulbeirates HVL übertrafen die Stundenkürzungen deutlich den Umfang der vorher gewährten Mehrstunden. Die Antwort wird hoffentlich mehr Klarheit schaffen.

Hier der Text der Mündlichen Anfrage:

"446. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Gerrit Große

- Stundenzuweisungen im Schulamtsbezirk Brandenburg -

Im Schulamtsbezirk Brandenburg/Havel gibt es nach wie vor erhebliche Probleme mit der Stundenzuweisung an die Schulen durch das Schulamt. Nach Aussagen des Kreisschulbeirates Havelland sind die Verwerfungen nicht auf die Rücknahme der vorher gewährten Mehrausstattung zurückzuführen. Die Schulen bekommen derzeit nur noch die Pflichtstunden zugewiesen. Der sogenannte Pool wurde pauschal um 9 Prozent gekürzt, sodass die nach der Verwaltungsvorschrift Unterrichtsorganisation zu gewährleistenden Stunden (z. B. Fachleistungsdifferenzierung) nicht vorgehalten werden können.

Ich frage die Landesregierung: Welche Lösungsmöglichkeiten sieht sie für dieses Problem noch für das Schuljahr 2010/11?"

Quelle: http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_2600/2639.pdf

Region Falkensee: In den Schulen wird es eng

Veröffentlicht am 27.01.2011 durch Redaktion

Noch vor wenigen Jahren wollten die verantwortlichen Politiker von steigenden Schülerzahlen nichts wissen. Erst auf Druck der Eltern wurden weitere Kapazitäten bereitgestellt. Doch es wird nach Aussagen von Heiko Müller, Bürgermeister von Falkensee wieder eng. Vor allem in den nächsten zwei Jahren droht ein Engpass. Aus Sicht der Stadt Falkensee ist nun der Landkreis Havelland gefragt. Auf dem Kreissozialausschuss am 24.1.2011 bestätigte der Dezernent des Kreises, Herr Lewandowski, das Problem. Er gehe aber davon aus, dass in drei Jahren die Schülerzahlen wieder sinken, da die unteren Jahrgänge nicht so stark besetzt sind. Voraussetzung ist allerdings, dass der Zuzug in die Region nicht stärker zunimmt als der Abgang.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11986479/61759/Falkensee-power-auf-sechs-Schulbaustellen-und-wird-dennoch.html>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11986524/61759/>

<http://www.die-mark-online.de/nachrichten/lokales/landkreis-havelland/falkensee/schuelerexplosion-falkensee-1081560.html>

Mehr Inklusion, weniger Förderschulen

Veröffentlicht am 28.01.2011 durch Redaktion

Kinder mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung sollen in Berlin zukünftig an Regelschulen unterrichtet werden. Darüber hinaus soll auch in jedem Bezirk ein Angebot für Kinder mit Autismus und Körper-, Sinnes- und geistigen Behinderungen geschaffen werden. Das jetzt vorgelegte Konzept des Bildungsensors Zöllner setzt damit die in Deutschland ratifizierte Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen um.

Ähnliche Pläne gibt es auch in Brandenburg. In Brandenburger Elternkreisen werden die Pläne zur Integration (Inklusion) von behinderten Kindern in die Regelschule mit gemischten Gefühlen gesehen. Grundsätzlich wird vermehrte Integration begrüßt. Es besteht die Befürchtung, dass ein Teil der geplanten Kürzungen von 27 Millionen Euro im Bildungsbereich durch die Integration realisiert werden soll. Die neue Bildungsministerin jedenfalls hält an den Sparplänen fest.

(<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12001807/2242247/Bildungsressort-in-Brandenburg-leistet-seinen-Konsolidierungsbeitrag-Muench-haelt.html>).

Außerdem muss geprüft werden, welche Kinder für die Inklusion geeignet sind und welche weiterhin eine Förderschule benötigen. Der Elternsprecher der havelländischen Förderschule in Markee kann sich kaum vorstellen, wie die Kinder dieser Schule in einer Regelklasse beschult werden können. In Berlin ist eine vollständige Abschaffung der Spezialschulen (Förderzentren) nicht vorgesehen, auch das Elternwahlrecht soll bleiben. Brandenburg hat als Flächenstaat andere Voraussetzungen als Berlin, deshalb ist eine direkte Übernahme des Berliner Modells kaum vorstellbar.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/behinderte-kinder-sollen-in-regelschulen-gehen/3737188.html>

Eine Arbeitsgruppe des Bundeselternrates hat sich kürzlich auch mit dem Thema befasst und sich auf folgende Stellungnahme geeinigt:

Boppard, 23.01.2011

Ausschüsse für Haupt- und Realschulen, 21.- 23.01.2011, Boppard Stand der Integration/Inklusion in den Bundesländern

Es ist normal, verschieden zu sein.

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Dezember 2008 hat sich die Bundesrepublik auch bei der Bildung zur Inklusion verpflichtet[1]. Niemand darf vom allgemeinen Schulsystem[2] ausgeschlossen werden. Für die Schulen bedeutet das: Sie müssen die Verantwortung für den Lernerfolg jedes einzelnen Schülers übernehmen, unabhängig von seiner Lernausgangslage.

In Deutschland gibt es eine unüberschaubare Vielfalt an Förderorten, jedes Bundesland hat seine eigenen Organisationsformen. Während integrative Ansätze in allen Bundesländern etabliert sind, hat erst in wenigen Ländern der Einstieg in ein inklusives Schulsystem begonnen. Manche Länder haben ihr Schulgesetz bereits geändert, während andere nur an den Begriffen feilen, ohne ihre Einstellung zum Lernen zu ändern. Ein inklusives Schulsystem lässt sich jedoch nur einführen, wenn alle Beteiligten grundsätzlich umdenken. Alle Eltern aller Schulformen, nicht nur die von Kindern mit Behinderung, sind aufgefordert, sich mit dem Thema Inklusion auseinanderzusetzen.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang[3]:

- individualisierte Lernformen
- angemessene Lernanreize, um jedes einzelne Kind bestmöglich zu fördern
- Aus- und Weiterbildung aller Pädagogen für diese Art des Lernens
- räumliche Voraussetzungen und materielle Ausstattung der Schulen
- Unterrichtsmaterialien, die den individualisierten Unterricht unterstützen

- Zusammenwirken von Pädagogen unterschiedlicher Profession (Lehrkräfte, Sonderpädagogen, Erzieher u. a.) an den Schulen

Bei der Einführung eines inklusiven Bildungssystems ist es unabdingbar, alle Betroffenen – nicht nur Eltern, Pädagogen, Kinder und Jugendliche – mitzunehmen. Dabei ist der Wissensstand extrem unterschiedlich: Während sich die einen seit Jahren mit Integration und Inklusion befassen, haben andere noch nie davon gehört.

Die zwingend notwendige und umfassende Aufklärungsarbeit ist eine gemeinsame Aufgabe des Bundeselternrats und der Bildungspolitik.

[1] siehe Art. 24 der UN-BRK: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRPD_behindertenrechtskonvention/crpd_de.pdf

[2] Allgemeine Schulen sind allgemein bildende und berufsbildende Schulen ohne Förderschulen oder Förderzentren

[3] s. a. Deutsche Unesco Kommission: "Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik"

http://www.inclusive-education-in-action.org/iea/dokumente/upload/6265a_inklusion_leitlinien.pdf

Boppard, 23.01.2011

Dallgow-Döberitz: Elternprotest gegen Stundenkürzungen

Veröffentlicht am 29.01.2011 durch Redaktion

Nachdem schon im Spätsommer 2010 die Schüler der Kantschule spontan 2000 Unterschriften gegen die Stundenkürzungen gesammelt hatten, wurden Herrn Rupprecht am vergangenen Montag jetzt weitere 200 Unterschriften aus der Dallgower Elternschaft durch den stellvertretenden Schulelternsprecher Ulrich Schneider bei einer Veranstaltung in der Grundschule "Am Wasserturm" Dallgow-Döberitz übergeben. Hier der Text:

"Sehr geehrter Herr Minister Rupprecht,

Sehr geehrter Herr Rosenau,

Die Eltern der Grundschule „Am Wasserturm“ in Dallgow-Döberitz fordern Sie auf, die Kürzung von Lehrerstunden im Umfang von 9 Prozent (25 Unterrichtsstunden) zurückzunehmen.

Unsere Grundschule hat zu Beginn des Schuljahres 2010/ 11 mit der Umsetzung des Konzepts der Verlässlichen Halbtagsgrundschule (VHG) begonnen. Insbesondere vor dem Hintergrund dieser Umstrukturierung des Schulalltags ist die Stundenkürzung, die zwar offiziell nur sog. Poolstunden betrifft, unverantwortlich. Es wird Blockunterricht zerrissen, Lehrkräfte müssen Klassen abgeben und Vertretungsunterricht ist keinesfalls gewährleistet. Die Veränderungen haben zwangsläufig Auswirkungen auf die Unterrichtsqualität.

Die Umsetzung des pädagogisch anspruchsvollen Konzepts einer VHG erfordert aber verlässliche Planungsgrundlagen und eine Stundenausstattung, die den besonderen Anforderungen durch ausreichende Flexibilität gerecht wird.

Pauschal Stunden zu streichen, bremst das Engagement von Schülern, Lehrern und Eltern, die zum Erfolg ihres Schulkonzepts beitragen wollen, aus."

Pisa 2009: “Sprachlabore” reaktivieren?

Veröffentlicht am 30.01.2011 durch Redaktion

Auf der Sitzung des Kreiselterrates Havelland am 25.1.2011 referierte Herr Dr. Bieber die Ergebnisse der Pisa-Studie 2009, die erst vor kurzem auch in Einzelheiten öffentlich wurden. Vor allem im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich konnte sich Brandenburg in den letzten Jahren kontinuierlich etwas verbessern. Ursache: Die Aufgabenstellungen im Unterricht wurden verbessert bzw. angepasst und die Kooperation der Lehrer(innen) erhöhte sich.

Katastrophal ist die Qualität des Hörverstehens in Englisch. Hier liegen die ‘neuen’ Bundesländer abgeschlagen auf den letzten fünf Plätzen und Brandenburg nochmal mit deutlichem Abstand ganz hinten.

Elternvertreter konnten bestätigen, dass häufig im Englischunterricht kaum gesprochen wird. Feriencamps für Englisch-Pädagogen werden oft als Strafaktion aufgefasst. Aus der Elternschaft kam der Vorschlag, die Sprachlabor-Methode wieder zu reaktivieren. Herr Dr. Bieber versprach, die Anregung im Ministerium weiterzugeben.

Mein Vorschlag: Heutzutage lässt sich das Intensivtraining (pattern drill) leicht und kostengünstig mit PC/Laptop und Headsets realisieren - als Element des Unterrichts. Muttersprachliche Assistant-Teachers an den Schulen und Aufenthalte der Englisch-Lehrer(innen) in Großbritannien und den USA könnten die Sprachkompetenz der Pädagogen verbessern.

Freie Schulen doch nicht besser?

Veröffentlicht am 9.02.2011 durch Redaktion

Am Mittwoch, 9.2.2011, wurde eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung vorgelegt, die nach Aussagen des Autors Manfred Weiß vom ‘Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)’ keine statistisch relevanten Unterschiede zwischen den privaten und öffentlichen Schulen feststellt. Leichte Vorteile bei Realschulen stehen leichte Nachteile bei Gymnasien gegenüber.

Bei einem Kriterium scheinen jedoch die Privaten besser zu stehen: Schulklima und Elternzufriedenheit.

Nebenbei räumt die Studie mit einem Vorurteil auf: Nicht das Haushaltseinkommen sondern der Bildungsstand der Eltern scheint entscheidend für das Klientel der Privatschulen zusein – zumindest was den Trend angeht.

Da die “privaten” Schulen in freier Trägerschaft sehr vielfältig sind, wird eine genauere Betrachtung der Studie notwendig sein, zumal der Autor der Studie als Kritiker der Privatschulen bekannt ist.

Fast zeitgleich wird bekannt, dass ab nächstem Jahr in Brandenburg wieder bei den Schulen in freier Trägerschaft gekürzt werden soll, so dass sich das Schulgeld der Freien dann erhöhen dürfte. Die Oppositionsparteien CDU, FDP und B90/Grüne wenden sich gegen einseitige Kürzungen.

Die Grünen halten jedoch eine Überprüfung der bisherigen Finanzierungsform für notwendig.

Derzeit müssen neue Schulen in freier Trägerschaft die ersten zwei bis drei Jahre Ausstattung und Personal selber finanzieren. Das begünstigt die großen etablierten und kapitalkräftigen Träger und benachteiligt die kleinen Elterninitiativen, z. B. der Montessori- und Kreativschulen.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12008586/62249/Rot-Rot-will-Zuschuesse-fuer-Privatschulen-kuerzen-Studie.html>

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/private-sind-nicht-besser/3798160.html>

Hier der Link zur Studie:

<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/07833.pdf>

Mehr Presse zur Studie:

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/flucht-in-die-nische/3809024.html>

Schüler planen Schulhof

Veröffentlicht am 20.02.2011 durch Redaktion

Eine gute Idee hatte Sabine Kern, Leiterin des Bauamtes Dallgow-Döberitz. Nachdem die Gemeindevertretung beschlossen hatte, das neue Schul-Erweiterungsgebäude auf den Spielplatz Ecke Bahnhof- Wilmsstraße zu setzen, steht eine Neugestaltung des Restspielplatzes an. Doch statt wie so oft nur Erwachsene planen zu lassen, dürfen jetzt die Schülerinnen und Schüler der Grundschule mitplanen. Alle Kinder (und Eltern) sind aufgerufen, Ideen und Vorschläge einzubringen. Die Beteiligung ist gut angelaufen und wir sind gespannt, wie das neu entstehende Spielgelände dann in einem Jahr aussehen wird. Es gibt schon so viele Vorschläge, dass nur ein Teil umgesetzt werden kann. Dieses Jahr können zunächst 50.000€ verbaut werden, in den kommenden Jahren sind weitere Baumaßnahmen geplant.

Unterrichtsausfall am 8. März

Veröffentlicht am 1.03.2011 durch Redaktion

Die GEW ruft zu einer Kundgebung am 8. März um 16h in Potsdam auf. Unter anderem werden mehr Neueinstellungen für Lehrpersonal gefordert.

<http://www.gew->

[brandenburg.de/index.php?frontend_action=ShowNews&frontend_return=list&aboartikel_id=1244&frontend=startseite&artikel_typ=0](http://www.gew-brandenburg.de/index.php?frontend_action=ShowNews&frontend_return=list&aboartikel_id=1244&frontend=startseite&artikel_typ=0)

Mit Unterrichtsausfall muss gerechnet werden.

“Potsdam – Am kommenden Dienstag, dem 8. März, muss an Schulen in Brandenburg mit Unterrichtsausfall gerechnet werden. Im Zusammenhang mit den Tarifgesprächen für den Öffentlichen Dienst soll es an den Schulen nach der vierten Stunde Personalversammlungen geben. Dies kündigte der Brandenburger GEW-Vorsitzende Günther Fuchs heute in Potsdam an.

Mit einer Protestveranstaltung soll am 8. März in Potsdam Druck auf die Arbeitgeber zur Vorlage eines Angebots gemacht werden. Zu dem Protest erwarten mehrere Gewerkschaften rund 8.000 Teilnehmer. Verdi ruft zu Warnstreiks auf. Obwohl dieser Aufruf nicht für Beamte gelte, werden in Potsdam auch Beamte zum Protest erwartet, hieß es.“ dpa, MAZ 1.3.2011

Anmeldezahlen Osthavelland

Veröffentlicht am 2.03.2011 durch Redaktion

In Elternkreisen hat es sich schon länger herumgesprochen: Der Ruf der Kant-Gesamtschule hat sich in der letzten Zeit deutlich verbessert. Viele Lehrer(innen) gelten als engagiert. Dazu kommen noch attraktive Ganztags- und Sportangebote, vor allem aber die Möglichkeit, sich ohne Schulwechsel ein Jahr länger auf das Abi

vorzubereiten. Kein Wunder, dass die Kantschule mit 226 Neuanmeldungen an der Spitze liegt, 140 Plätze waren eigentlich vorgesehen. Auch die Anmeldungen für die Oberschule bleiben mit 48 stabil, es kann wieder mit mindestens 2 neuen Klassen geplant werden.

Stark sind auch die Gymnasien im Osthavelland nachgefragt. 150 Anmeldungen für das Lise-Meitner-Gymnasium, 128 für das Neue Gymnasium, 165 plus x (Nachzügler) für das Marie Curie Gymnasium und 127 für das Goethe-Gymnasium in Nauen bedeuten, dass insgesamt wieder mehr Klassen aufgemacht werden müssen als ursprünglich geplant.

(MAZ HVL)

siehe auch: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12029076/61759/Falkensee-setzt-auf-Hilfe-des-Kreises-um-den.html>

Stundenkürzungen? Bitte nicht schon wieder!

Veröffentlicht am 10.03.2011 durch Redaktion

Der Schulleiter der Diesterweg-Grundschule deutete nach Presseberichten an, dass im nächsten Jahr schon wieder Stundenkürzungen anstehen.

Bisher sind Schulleiter und Elternvertreter davon ausgegangen, dass die Stundenkürzungen zu Beginn des laufenden Schuljahres eine einmalige Maßnahme war, bedingt durch eine unerwartet hohe Anzahl von dauerhaft dienstunfähigen Lehrkräften. So zumindest wurde es vom Schulamt Brandenburg/Havel kommuniziert. Auf den nächsten Sitzungen des Kreiselterrates und des Kreisschulbeirates werden wir das Thema ansprechen.

Siehe dazu <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12032060/61759/Stundenkuerzungen-gefaehrden-die-Fortschritte-die-sich-die-Diesterwegschule.html>

Weiteres zu Stundenkürzungen

<http://www.bildungsverteiler.de/tag/stundenkuerzungen/>

Schulsozialarbeit ist kein Vertretungsunterricht!

Veröffentlicht am 10.03.2011 durch Redaktion

Der Kreiselterrat tagte am 15.3.2011 mit dem Schwerpunktthema Sozialarbeit an den Schulen.

Herr Gall, Dezernent des Kreises Havelland, stellte klar, dass die Sozialarbeiter vor Ort an den Schulen nicht als Vertretungsreserve für ausgefallenen Unterricht missbraucht werden sollen. Erziehung ist Aufgabe der Lehrer, auch wenn das nicht immer erkennbar ist. Neben Einzelfallhilfe bieten die Mitarbeiter sogenannte "Komm"-Angebote an, d. h. die Projekte und Gruppenangebote sind keine Pflichtveranstaltungen, sondern freiwilliges Zusatzangebot. Damit ist beabsichtigt, dass die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler auch entsprechend engagiert sind. Im Havelland werden die Mitarbeiter des Jugendamtes nicht an Grundschulen und Gymnasien eingesetzt. Die begrenzte Personalsituation erfordere eine klare Schwerpunktsetzung. Einige Elternvertreter forderten auch PKR-Stellen für Grundschulen. Herr Gall stellte eine Neubewertung der Auswahlkriterien für 2012 in Aussicht, die dann 2013 greifen könnte.

Aus Elternsicht sind die Erfahrungen mit der Sozialarbeit unterschiedlich. Neben erfolgreichen Beispielen gab es auch Fälle, wo verhaltensauffällige Schüler ohne Perspektive monatelang in der Sozialstation "betreut" (besser: verwahrt) wurden, ohne den Unterrichtsstoff begleitend zu lernen.

Die Eltern waren sich mit Herrn Gall darin einig, dass Disziplinprobleme zunächst durch guten Unterricht und entsprechende Ressourcen gelöst werden sollten. Schulsozialhilfe kann das nicht ersetzen, jedoch in Einzelfällen fördern und entlasten.

Kreisschulbeirat tagt am 5.4.

Veröffentlicht am 16.03.2011 durch Redaktion

Der Kreisschulbeirat tagt am 5.4.2011 unter anderem zur Personalsituation an den Schulen (Lehrerknappheit), aktuellem Stand Übergang zu weiterführenden Schulen (Ü7) und zu den Ergebnissen der Vergleichsarbeiten im 6. Schuljahr.

Einstellungskorridor schaffen, gute Lehrer halten!

Veröffentlicht am 16.03.2011 durch Redaktion

Auf einem Treffen der Schulelternsprecher aus Falkensee wurde insbesondere die derzeitige Personalsituation und -planung diskutiert. Angesichts der Knappheit an Lehrpersonal sollte das Schulamt befristeten Lehrerinnen und Lehrern eine Perspektive für Brandenburg geben. Rundschreiben, in denen die Lehrkräfte aufgefordert werden, sich in anderen Bundesländern umzuschauen, sind das falsche Signal. Insbesondere in Mangelfächern rächt es sich jetzt, dass es jahrelang keinen Einstellungskorridor gegeben hat.

Hier wird nicht "geguttenbergt".

Veröffentlicht am 16.03.2011 durch Redaktion

Unter kaufmännischen Berufsschülern wird Täuschen bei Leistungsnachweisen in der Regel nicht als Kavaliersdelikt angesehen. Schließlich betrügt man mit einer Täuschung auch seine Mitschüler, indem man sich einen unlauteren Vorteil verschafft.

Die Diskussion um Guttenbergs Dissertation hat nun auch in der allgemeinbildenden Schule zu einer kritischeren Sichtweise von Plagiaten geführt.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12037974/61759/Nach-der-Affaere-um-Ex-Minister-Guttenberg-achten.html>

Insbesondere bei Facharbeiten ist die Versuchung groß. Gymnasial-Eltern berichten, dass gute und sehr gute Arbeiten ehrlicher Schüler abgewertet wurden, weil sie gegen akademisches Niveau der Konkurrenz nicht ankamen. Eltern sollten sich das zu Herzen nehmen und bei Facharbeiten bedenken, dass auch der eigene Nachwuchs am besten durch *selbständiges* Arbeiten lernt.

Aktionsrat Bildung analysiert Schulreformen

Veröffentlicht am 22.03.2011 durch Redaktion

In seinem neuesten Jahresgutachten "Bildungsreform 2000 – 2010 – 2020" analysiert der Aktionsrat Bildung die Schulreformen der vergangenen Jahre. Auf den 255 Seiten werden auch wissenschaftlich untermauerte Vorschläge zur Verbesserung des Bildungssystems gemacht.

Hier einige Schlagwörter:

- Erzieherausbildung: fachliche Mindeststandards, Professionalisierung

- fröhpädagogische Einrichtungen: bundesweit gültiger Bildungsplan
- Lehrerbildung: mehr Praxis
- soziale Selektion: mehr Leseförderung
- Schulform: mehr Entscheidungsfeiheit vor Ort
- Evaluation: mehr Schulinspektion

Eine Zusammenfassung im Schulspiegel: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,752403,00.html>

Die Studie im Wortlaut:

http://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Bilder/Zukunft_D_22.03.2011/Jahresgutachten_2011.pdf

Oberschule Premnitz: Praxislernen ausgezeichnet

Veröffentlicht am 24.03.2011 durch Redaktion

Die Oberschule Premnitz erhielt als "Starke Schule" den zweiten Preis.

Das Konzept des Praxislernens könnte auch andere Schulen anregen, die Verbindung zur Gesellschaft zu verbessern.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12044558/61759/Oberschule-Premnitz-ist-beim-Wettbewerb-Starke-Schule-nur.html>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12044659/61759/Bernd-Geske-ueber-die-Oberschule-Premnitz-die-zweitstaerkste.html>

LER widerspricht Münch: doch Sorgen beim Lehrernachwuchs

Veröffentlicht am 31.03.2011 durch Redaktion

Die Äußerung der neuen Bildungsministerin vom 23.3., dass es "keine Nachwuchssorgen bei Pädagogen" gebe, hat in Elternkreisen Verwunderung bis Verärgerung ausgelöst.

Viele Elternvertreter aus dem Havelland und im Landeselternrat berichten, dass vor Ort die Situation anders aussieht. Hoher Unterrichtsausfall wird durch geschickt angelegte Statistiken kaschiert.

Die Staatlichen Schulämter berichten von großen Problemen, geeignete Bewerber(innen) zu finden.

Die Aufstockung der Referendariatsplätze ist richtig, kommt aber viel zu spät. Die entsprechenden Lehrerstudenten fehlen. Die zahlreich vorhandenen Pädagogikstudenten für Gymnasium (z. B. Deutsch und Geschichte) werden den sich abzeichnenden Bedarf in den Grundschulen nicht abdecken.

Die Bundesländer konkurrieren miteinander um Lehrkräfte aus Mangelfächern.

Frau Ministerin Münch sollte sich den Problemen stellen und sie nicht schönreden, ist der gemeinsame Tenor.

Mitteilung des Landeselternrates:

PM LER vom 28.03.2011

“Landeselternrat Brandenburg: Lehrer fehlen an allen Ecken und Enden

Potsdam. Mit Verwunderung nimmt der Landeselternrat (LER) Brandenburg die Pressemitteilung der Bildungsministerin vom 23.03.2011 zur Kenntnis. Demnach gebe es aus Sicht des Bildungsministeriums keine Nachwuchssorgen bei Pädagogen.

In seiner Sitzung des LER vom 26.03.2011 berichteten Elternvertreter aus den Landkreisen und kreisfreien Städten von massiven Unterrichtsausfällen. Anfragen bei den zuständigen Schulämtern hätten ergeben, so die Berichte der Elternvertreter, dass dort händeringend Lehrerinnen und Lehrer gesucht werden und auch deshalb ausfallende Lehrkräfte nicht ersetzt werden können.

Der Landeselternrat fordert die Ministerin daher auf, die Realität an den Brandenburger Schulen nicht zu verkennen. Der LER lädt Frau Münch ein, die unterschiedlichen Wahrnehmungen in einer anzuberaumenden Sondersitzung des LER auszutauschen und ins Gespräch zu kommen.”

Hier zur Information der Wortlaut der Presseerklärung des Ministeriums:

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.245967.de>

und der Artikel in der MAZ

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12048341/2242247/Landeselternrat-Brandenburg-beklagt-Lehrermangel-und-Unterrichtsausfall-Ministerium-Strukturell.html>

Streit um Förderschulen

Veröffentlicht am 1.04.2011 durch Redaktion

Mit ungewohnt harten Angriffen gegen die Landesregierung, die man bisher nur aus Wahlkämpfen kennt, hat die CDU das Thema Förderschulen aufgegriffen. Möglicherweise ist alles aber auch nur ein Sturm im Wasserglas, denn die Bundes-CDU hat ja selber die Umsetzung der Beschlüsse der UNO-Menschenrechtskommission zur Inklusion mit auf den Weg gebracht. Wie es gehen könnte, zeigen z. B. die Comenius-Schule in Berlin und die Waldhofschule in Templin.

Zur Schule in Templin:

<http://schulpreis.bosch-stiftung.de/content/language1/html/11746.asp>

MAZ-Artikel:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12051447/62249/Kritik-der-CDU-an-rot-roten-Plaenen-Streit.html>

Die Grünen verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass angesichts der Personalsituation an den Schulen die Integration kaum möglich ist. In einer Stellungnahme vom 20.3. heißt es:

„Wir setzen uns für eine gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarfe ein. Auf dem Weg dorthin muss sicher gestellt werden, dass es für die Betroffenen keine Einschnitte in die Förderqualität gibt. Die Realität in Brandenburg spricht hier eine andere Sprache. Solange erforderlicher Förderunterricht dem Lehrermangel zum Opfer fällt, ist es geradezu fahrlässig, die Schließung von Förderschulen anzukündigen.“

Der Landeselternrat hat auf seiner letzten Sitzung beklagt, dass bei Vertretungen häufig zunächst Ressourcen aus dem Fördertopf verwendet werden. Auch die Landeslehrersprecherin wendet sich gegen diese Praxis an den Schulen.

Zur Situation in Berlin siehe auch

<http://www.bildungsverteiler.de/2011/01/mehr-inklusion-weniger-forderschulen/> .

Ausbau der Förderschule "Spectrum", Rathenow

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12053500/61759/Die-Rathenower-Foerderschule-Spektrum-wird-erweitert-und-saniert.html>

KSB HVL: Inklusion? – so einfach geht das nicht!

Veröffentlicht am 6.04.2011 durch Redaktion

Auf der Sitzung vom 5.4.2011 hat sich der Kreisschulbeirat Havelland insbesondere mit dem Thema Integration und Inklusion [Anmerkung zu den Begriffen am Ende des Artikels] im Kreis beschäftigt.

Es gab Berichte von Frau Smyczek, Leiterin der Pestalozzi-Förderschule Rathenow, Herrn Lewandowski, Dezernent des Kreises, sowie Lehrer- und Elternvertretern der Europa-Grundschule, der Diesterweg-Grundschule, der Förderschule Markee und anderen Schulen. Herr Seelbach, Vorsitzender des KSB HVL verwies u. a. auf die positiven Erfahrungen der Regine-Hildebrandt-Schule in Birkenwerder, der Comenius-Schule in Berlin und der Waldhofschule in Templin.

Alle Beteiligten waren sich nach einer längeren Diskussion darin einig, dass es durchaus gute Ansätze an den Schulen gibt. Die angestrebte flächendeckende Integration bzw. Inklusion von Schüler(inne)n mit Förderbedarf Lernen ist aber unzureichend vorbereitet. Im Einzelnen wurde festgestellt:

- Es war ein Fehler, seit Jahren keine Sonderpädagogen mehr auszubilden, deshalb fehlen jetzt im Kreis 20 Lehrkräfte für Sonderpädagogik. Die Ausbildung sollte wieder aufgenommen werden, denn Sonderpädagogen werden weiterhin gebraucht.
- Die Kollegien der Förderschulen sind häufig überaltert. Zu wenige Sonderpädagogen würden dann bei einer großflächigen Schließung 2018/19 für Regelklassen zur Verfügung

stehen.

- Es ist fraglich, ob wirklich alle Schüler(innen) mit Förderschwerpunkt Lernen in Regelklassen integriert werden sollten, da die Förderbedarfe sehr unterschiedlich sind. Deshalb sollte noch weiterhin ein Teil der Förderschulplätze auch für diesen Bedarf vorgehalten werden.

- Die notwendige sonderpädagogische Zusatzqualifikation stellt für die meisten Lehrkräfte eine große Belastung dar. Die Lehrerschaft arbeitet jetzt schon häufig am Limit. Abminderungsstunden und andere entlastende Maßnahmen sind dringend geboten.

- Bei überwiegend Frontalunterricht werden Begabte und Benachteiligte schon jetzt unzureichend gefordert und gefördert. Integration bzw. Inklusion setzt eine grundlegende Veränderung des Unterrichts voraus, insbesondere hin zu mehr selbständigem und kooperativem Lernen. Das ist ein längerer Prozess, der unter der derzeitigen Ressourcenknappheit kaum denkbar ist. Werden jetzt einfach Schüler(innen) mit Förderbedarf in die Regelklassen gesetzt, verstärken sich die oben genannten Defizite noch.

- Die an vielen Schulen vorherrschende Praxis, für Vertretungsunterricht zunächst Förderressourcen zu verwenden, ist schon jetzt nicht tragbar und muss aufhören.

- Bei einer Schließung von Förderschulen bleibt der Förderbedarf bestehen und die entsprechenden Ressourcen müssen weiterhin zur Verfügung stehen. Die Landesregierung vermittelte zeitweise den Eindruck, mit Integration bzw. Inklusion den Haushalt sanieren zu können. Das würde jedoch auf Kosten der Bildung gehen: Bei allen positiven Integrationsbeispielen waren zwei Lehrkräfte vor Ort.

Deshalb sollten in Integrations- bzw. Inklusionsklassen 2 Pädagogen anwesend sein. Auch eine maximale Klassenfrequenz von 23, besser 20 Schüler(inne)n ist unbedingte Voraussetzung.

Hintergrundwissen z. B. hier

<http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=3511>

[Redaktionelle Anmerkung: Die beiden Begriffe werden häufig als gleichbedeutend verwendet, sind aber in der pädagogischen Diskussion unterschiedliche Ansätze. Kurz gesagt, teilt der integrative Ansatz die Schüler(innen) zunächst in "mit sonderpädagogischem Förderbedarf" und "ohne sonderpädagogischem Förderbedarf" ein. Entsprechend wird dann auch differenziert, mit Schwerpunkt auf die Förderschüler. Der inklusive Ansatz teilt die Gesamtheit der Klasse in Individuen oder Klein(st)gruppen auf. Der sonderpädagogische Förderbedarf ist nur ein Differenzierungsmerkmal unter vielen, die Differenzierung ist komplexer und die Gefahr der Ausgrenzung geringer.

De facto geht es zurzeit an den Brandenburgischen Schulen um Integration, Inklusion ist noch Zukunftsmusik. Deshalb wird hier an einigen Stellen die Sprachregelung „Integration bzw. Inklusion“ verwendet.

Einige Förderschulen mit Förderschwerpunkt Lernen, die einer Schließung entgehen wollen, öffnen sich und bieten auch Plätze für andere Förderbedarfe an. Auch die Möglichkeit einer "reversen Integration", die Umwandlung in eine Grund- oder Oberschule, ist einzubeziehen.]

Verwirrung um Anzahl von Lehramtsbewerbern

Veröffentlicht am 11.04.2011 durch Redaktion

Doch genug Lehrkräfte?

Erhard Laube, ehemaliger Chef der Berliner GEW und nun Personalplaner von Bildungssenator Zeuner, hat angeblich genug Lehrkräfte: 3000 Bewerber, auch für Mangelfächer. Davon will Berlin 1000 einstellen. Über die Qualifizierung der Bewerber(innen) sagte Laube nichts.

Übrigens: Brandenburg plant lediglich 150 Einstellungen ...

Mehr im Tagesspiegel:

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/personalplaner-laube-3000-bewerbungen-fuer-lehrerstellen/4045212.html>

Derweil bereiten die Berliner Eltern eine Kampagne gegen den Unterrichtsausfall vor:

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/eltern-zeigen-dem-senat-die-rote-karte/4036890.html>

Bildungsministerin plant Umstellung auf inklusiven Unterricht

Veröffentlicht am 23.04.2011 durch Redaktion

Zum Thema Inklusion hat unsere Bildungsministerin Frau Münch nun in einer Presseerklärung etwas genauere Pläne bekannt gegeben.

Die Verlautbarung des Ministeriums:

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.248861.de>

Artikel in der MAZ:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12067128/62249/Brandenburg-will-kuenftig-Schueler-mit-und-ohne-Behinderung.html>

Volksinitiative “Schule in Freiheit” gestartet

Veröffentlicht am 6.05.2011 durch Redaktion

Heute ist die Volksinitiative “Schule in Freiheit” gestartet. Ziele der Volksinitiative sind insbesondere

- **freie Schulwahl für Eltern** und Jugendliche,
- **finanzielle Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft** mit 85% (bisher 65%),
- **mehr Selbständigkeit für alle Schulen.**

Damit werden Standards für Brandenburg gefordert, die schon in den Bundesländern Hamburg und NRW gelten und weitgehend im Koalitionsvertrag Ba-Wü enthalten sind.

Begründung im Einzelnen sowie Unterschriftenlisten: <http://www.schule-in-freiheit.de/884.html>

Eine Volksinitiative ist kein Entscheid über ein neues Gesetz, sondern zwingt den Landtag Brandenburg dazu, sich mit den Forderungen parlamentarisch auseinanderzusetzen. Die Initiatoren hoffen durch öffentlichen Druck ihre Ziele zu erreichen. Eine Volksinitiative in Brandenburg ist bei 20.000 gültigen Unterschriften erfolgreich.

Eine ähnlich Initiative wurde kürzlich schon in Berlin durchgeführt.

Regionalkonferenz: Ministerium lenkt (etwas) ein.

Veröffentlicht am 11.05.2011 durch Redaktion

Am 10.5. fand mit ca. 500 Teilnehmern die zweite Regionalkonferenz zur Inklusion in Dallgow-Döberitz statt. Bildungsministerin Frau Dr. Münch (MBS) und Staatssekretär Herr Jungkamp haben sich eindeutig zur Umgestaltung hin zu inklusiven Regelklassen bekannt und das Ziel bestätigt, bis 2019 alle Schüler(innen) mit Förderbedarf Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung in inklusiven Regelklassen zu beschulen. Im Vorfeld hatte es seitens der Mitwirkungsgruppen u.a. Kritik an der Art und Weise der Umsetzung gegeben. Neben vielen bekannten Ausführungen gab es jetzt zwei vorsichtige Kursänderungen, die Kritiker aufhorchen lässt.

Die Ministerin redet jetzt nicht mehr nur von Schließung der Förderschulen, sondern betont, dass es auch Wege der Öffnung von Förderschulen für Regelklassen gibt und dass den Mitarbeitern der Förderschulen eine besondere Bedeutung beim Umgestaltungsprozess zukommt. Damit will sie offenbar die Konfrontation gegen die Förderschulen abbauen, die durch die vergangenen Presseerklärungen des MBS entstanden war. Stellvertretend für die Förderschulen drückte Podiumsteilnehmerin Frau Heike Köpke (Förderschule Lernen Klein-Machnow) ihre Erleichterung aus, denn die Förderschulen hätten sich schon auf einer "Abschussliste" gefühlt. Der Leiter des Schulamtes Brandenburg/Havel nahm den Vorschlag auf und stellte eine Prüfung in Aussicht, denn eine Schließung von Förderschulen sei teilweise kommunalpolitisch umstritten.

Staatssekretär Jungkamp nahm zu den Vorwürfen Stellung, dass Inklusion zur Haushaltssanierung missbraucht würde. Seine eindeutige Aussage "Inklusion ist kein Sparmodell." hat er allerdings nicht weiter kommentiert, so dass offen bleibt, wie das Bildungsministerium die Sparvorgaben erreichen will.

Großen Anklang fand die Präsentation der Grundschule Brück, die in der Integration schon gute Erfahrungen hat und erste Elemente inklusiven Unterrichts praktiziert: Flexklassen, Freiarbeit, Werkstattarbeit mit fächerübergreifenden Lerngruppen, in Stufe 5/6 individualisiertes Lernen statt Leistungsdifferenzierung. Weitere pädagogische

Innovationen: intensiver Austausch mit Kitas, Gestaltung der Lehrerkonferenzen als pädagogische Fachkonferenzen. Die Schule verzichtete aber auch nicht auf Kritik an äußeren Bedingungen, die dem Personal das Leben schwer machen: Reduzierung von Teilungsstunden von 7 auf 5, zu geringe Vertretungsreserve auf Kosten von Förderstunden, Unklarheit über die Bewertung der (Förder-)Schüler(innen) nach dem Wegfall der Feststellungsverfahren, hoher Aufwand für individuelle Lern- und Arbeitspläne, Weggang von gymnasialen Schüler(innen) nach der 4. Klasse. Eine Maximalfrequenz von 22 Schülern sollte nicht überschritten werden.

In der moderierten Diskussion gab es keine grundsätzlichen Zweifel an der Notwendigkeit inklusiven Unterrichts, aber am Weg dahin. Leiterinnen von Förderschulen verwiesen auf ihre Erfahrungsschatz, z.B. mit individuellen Förderplänen. Sie betonten, dass zumindest unter den derzeitigen Bedingungen ein Verzicht auf Förderschulen nicht möglich sei, da ein Teil der Förderschüler für eine Regelklasse nicht geeignet sind.

Ein Elternsprecher aus Falkensee verwies auf die Notwendigkeit finanzieller Ressourcen. Es gibt "keine Inklusion zum Nulltarif", zitiert er die Gewerkschaft GEW. Ohne weitere Lehrkräfte sei ein Scheitern vorprogrammiert.

Der Vorsitzende des Kreisschulbeirates, Wolfgang Seelbach, verwies darauf, dass häufig Förderstunden für Vertretungszwecke missbraucht werden. "Solange die Schulen nicht mehr Vertretungsreserve erhalten und gezwungen sind, auf Förderressourcen zurückzugreifen, werden die Eltern nicht glauben, dass der schwierige Weg zur Inklusion gelingt." Außerdem zeigten die Ergebnisse der Visitationen ein nahezu flächendeckendes Defizit bei der Binnendifferenzierung. "Schon jetzt können bei überwiegend Frontalunterricht die Begabten nicht ausreichend gefordert und die Benachteiligten nicht ausreichend gefördert werden." Ohne Binnendifferenzierung sei kein Weg zur Inklusion möglich.

MAZ vom 12.5.2011: "Es kann nicht mehr hingenommen werden, dass „Förderstunden für Vertretungsunterricht missbraucht werden“, wie Wolfgang Seelbach vom Kreisschulbeirat Havelland kritisierte. „Es gelingt ja schon jetzt nicht, die Begabten und die Schwachen gleichermaßen im Unterricht zu fördern“, sagte er."

Der MAZ-Artikel ist dokumentiert unter <http://schuleamakazienhof.de/andere-2010.htm>

Neue Lehrer: Chance vertan?

Veröffentlicht am 14.05.2011 durch Redaktion

In einem Brief wenden sich 35 junge Lehrer(innen) an das Bildungsministerium, die gerne in Brandenburg anfangen wollen. Das Land wird diese Lehrkräfte auch in den nächsten Jahren benötigen. Doch wegen der Sparauflage von 27 Millionen Euro musste das Ministerium die geplanten Einstellungen von 300 bis 400 Lehrkräfte auf 150 Stellen reduzieren, die vor allem für die Aufstockungen verwendet werden. Hier hat die Politik zu kurz gedacht. Wer meldet sich schon in Brandenburg arbeitslos und wartet auf bessere Zeiten, wenn er in Berlin und anderen Bundesländern sofort eingestellt wird? Alle Fachleute gehen davon aus, dass Lehrer(innen) in den nächsten Jahren knapp werden. Dann wird Brandenburg die übertriebene Vorsicht noch bereuen. Aber vielleicht geht ja doch noch was:

- Die neuesten Steuerschätzungen sind äußerst günstig.
- Die neue Bildungsministerin Frau Münch hat auf den Regionalkonferenzen und gegenüber

dem Landeselternrat ehrgeizige Pläne zur Verbesserung der Unterrichtsqualität vorgestellt, für die sie gut ausgebildete Lehrkräfte benötigt ...

Siehe dazu auch

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12081732/61009/Minister-Versprechen-geplatzt-Kaum-Stellen-fuer-die-aktuellen.html>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12083749/5934832/BMF-erwartet-Steuer-Mehreinnahmen-von-Mrd-EUR-bis.html>

Kita-Museum mit Lernwerkstatt in Nennhausen

Veröffentlicht am 15.05.2011 durch Redaktion

Das Kita-Museum mit Ost-West-Vergleich 1949-1989 in Nennhausen stellt sich vor:

<http://www.die-mark-online.de/nachrichten/lokales/landkreis-havelland/rathenow/paedagogen-dazulernen-1240686.html>

1. Sommerakademie Falkensee

Veröffentlicht am 16.05.2011 durch Redaktion

Die erste Sommerakademie Falkensee 2011 findet vom 2.-10 Juli statt.

Infos unter <http://www.asb-falkensee.de/news/134.html>

oder bei

Andrea Thiel
Bereich ASB-Schulsozialarbeit
Projekt iPASS an der
Gesamtschule Immanuel Kant
mit gymnasialer Oberstufe
Kantstr. 17
14612 Falkensee
Tel 0173 860 46 75
Email andrea.thiel@asb-falkensee.de

oder Lokales Bündnis für Familie – Falkensee
ASB, Ruppiner Str. 15

Bildungsbericht: 400 Seiten Statistik

Veröffentlicht am 22.05.2011 durch Redaktion

Der gemeinsame Bericht "Bildung in Berlin und Brandenburg 2010" wurde von den jeweiligen Bildungsministerien in Auftrag gegeben und beinhaltet umfangreiche statistische Daten.

Das Wichtigste zuerst:

- Sprachliche Kompetenzen weisen im vorschulischem Bereich, Grundschule und Sekundarstufe 1 erhebliche Defizite aus.
- Neue Aufgaben benötigen eine Qualifikation der Lehrkräfte hinsichtlich Unterrichtsentwicklung insbesondere in Kompetenzmodellen, Schulprogrammarbeit, interner Evaluation u.a. Dazu ist die Verbesserung der Kooperation Voraussetzung.
- Die soziale Schieflage ist geblieben. "Bildungsferne, Erwerbslosigkeit und Armutsgefährdung" haben weiterhin großen Einfluss auf die Schularart. Ohne diese Risikofaktoren ist die Chance auf einen Gymnasialplatz 1,5 mal (in Berlin 2 mal) so groß. Hier weitere Daten, die Eltern interessieren:

Die Zahlen beziehen sich auf Brandenburg (Berlin; Bund) 2010 oder 2009.

Wie wählen die Schüler die weiterführenden Schulen an (Ü7)?

Oberschulen: 38,4%
Gymnasien 47,2% (Berlin 48,5)
Gesamtschulen 14,3%.

Wie sehen die Abschlusszahlen aus?

ohne Abschluss 11,9% (Berlin 10,7; Bund 7,0)
Berufsbildungsreife/Hauptschulabschluss 20,7% (22,2; 22,1)
erweiterte BR/Realschulabschluss 29,5% (34,2; 41,2)
allgemeine Hochschulreife 35,7% (32,5; 26,8)
(Zahlen für 2009 und u.a. ohne 2.Bildungsweg)

Wie sehen die Abschlussnoten nach dem 10. Schuljahr aus?

Die **durchschnittlichen Noten von P10**
Deutsch 2,9, Mathe 3,1

Wie sehen die Abiturergebnisse aus?

Die Bestehensquote liegt konstant **um die 95% mit durchschnittlich 8 bis 9 Punkten.**

Wie wird das Ganztagsangebot genutzt?

Ganztagsangebot gibt es **in 56%** (80%) der Schulen. Es wird von **37%** (58%) **der Schüler** genutzt.

Wie hoch ist der Anteil der Schüler(innen) mit sonderpädagogischem Förderbedarf , insbesondere "Lernen"?

Die **Förderquote** beträgt **8,6%** (7,3; 6,0) davon sind 35,5% (42,2; 19,2) integriert. Der **Anteil Förderbedarf "Lernen"** in den Förderschulen beträgt **81,1%** (48,4; 52,2).

Wie viele Förderschüler wechseln zu sonstigen allgemeinbildenden Schulen bzw. umgekehrt:

Wechsel von der Förderschule: 2,8% (2,0; 2,2) sind aufgestiegen.
Wechsel an Förderschulen: 13,5% (10,5; 6,8) aller Förderschüler sind neu dazugekommen.

Mehr unter <http://www.bildungsbericht-berlin-brandenburg.de/>

Bundeselternrat fordert von Schulleitungen mehr Qualitätsentwicklung

Veröffentlicht am 24.05.2011 durch Redaktion

“Eltern sind die natürlichen Erziehungs- und Bildungspartner der Schulleitung. Die Schulleitung trägt die Verantwortung dafür, Eltern in die Schulentwicklung einzubinden.”

Das hat der Bundeselternrat auf seiner Frühjahrstagung festgestellt. Hier die Resolution mit weiteren Ergebnissen der Tagung:

Resolution

Frühjahrsplenartagung des Bundeselternrats

20.- 22.05.2011, Bad Hersfeld

Der Einfluss von Schulleitungen und Eltern auf die Schulqualität Bildungsstandards sind der Maßstab für die Qualität von Schulen. Wer länderübergreifend Bildungsstandards setzt, muss für gleiche Schulqualität in allen Ländern sorgen. Nur so ist der Anspruch aller Kinder auf gleiche Bildungschancen zu erfüllen.

Die Aufgaben der Schulleitung haben sich grundlegend gewandelt. Hatte sie noch in den 80er Jahren im Wesentlichen für den reibungslosen Ablauf beim Umsetzen von Vorgaben der Schulverwaltung zu sorgen, steht heute die Qualitätsentwicklung im Mittelpunkt. Dabei gilt: Schulqualität lässt sich nur von Schulleitungen und Eltern gemeinsam entwickeln, und beide müssen für diese anspruchsvolle Aufgabe qualifiziert werden.

Die Ausbildung zur Schulleiterin oder zum Schulleiter erfordert länderübergreifende Standards, die in einem Anforderungsprofil festzuschreiben sind. Schulleitungen brauchen eine umfassende Qualifizierung, die über die derzeit übliche Fortbildung deutlich hinausgeht. Angehende Schulleiter sollten zudem die Möglichkeit haben, ihre Eignung für den Beruf vorher zu testen.

Eltern sind die natürlichen Erziehungs- und Bildungspartner der Schulleitung. Die Schulleitung trägt die Verantwortung dafür, Eltern in die Schulentwicklung einzubinden. Die Grundlage für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit sind professionelle Kommunikationsstrukturen.

Der Bundeselternrat fordert:

- länderübergreifende Standards für die Schulleiterausbildung
 - Elternmitarbeit und Personalentwicklung als wesentliche Bausteine der Schulleiterausbildung
 - institutionalisierte Elternfortbildung
 - zielorientierte Auswahlverfahren für Schulleiterinnen und Schulleiter
 - verpflichtende Mitwirkung der Eltern bei der Qualitätsentwicklung aller Schulen
 - ein professionelles Kommunikationstraining für Eltern und Schulleitungen
- Schulqualität braucht starke, gut ausgebildete Schulleitungen, die mit starken, selbstbewussten Eltern professionell zusammenarbeiten. Das führt zu einem neuen

Selbstverständnis der Schule.
Bad Hersfeld, 22. Mai 2011

Studie zu Lehrermangel

Veröffentlicht am 24.05.2011 durch Redaktion

Lehrermangel auf dem Land: Vorstellung einer Studie der bündnisgrünen Landtagsfraktion und Podiumsdiskussion am Fr. 10.6. um 15h im Landtag

Anmeldung unter <http://gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen/>

Visitation geht in die zweite Runde

Veröffentlicht am 26.05.2011 durch Redaktion

Mehr unter

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12093812/62249/Die-landesweiten-Visitationen-haben-gezeigt-Gute-Schulen-haben.html>

Gruppenarbeit effizienter als Vorlesung

Veröffentlicht am 29.05.2011 durch Redaktion

Eine interessante Studie belegt einmal mehr, wie ineffizient auch eine gute Vorlesung gegenüber Gruppenarbeit und mehr eigenverantwortlichem Lernen ist. Dennoch sind Vorlesungen weiterhin bei Studenten beliebt, denn hier kann man mal in Ruhe seine sozialen Netzwerke pflegen ...

<http://www.zeit.de/2011/21/Hochschule-Vorlesung>

Kreiselternrat HVL zur Inklusion

Veröffentlicht am 5.06.2011 durch Redaktion

Am 1.6. hat die Vorsitzende des Kreiselterrates Havelland, Frau Lewandowski, eine mit dem Gremium abgestimmte Positionierung zur Inklusion veröffentlicht, [die auch in der BraWo zitiert wird](#).

“Inklusion: Voraussetzungen fehlen!

Inklusion, so wie es der Kreiselterrat Havelland versteht, ist durchaus ein anzustrebendes Schulmodell, da es neben der sozialen Komponente eine Unterrichtsform beinhaltet, die sich an den individuellen Bedürfnissen JEDES einzelnen Kindes orientiert und sich durch eine starke Binnendifferenzierung und flexible Unterrichtsmethoden auszeichnet. Dies fordert der Kreiselterrat Havelland schon seit Jahren für alle Schulen. Leider sieht die Praxis vor Ort an den Regelschulen in den meisten Fällen anders aus:

- zu hohe Klassenfrequenzen
- zu geringe Lehrerausstattung an den Schulen
- Wegfall von Sonderpädagogikstunden im Vertretungsfall bei viel zu niedriger und unrealistischer Vertretungsreserve

Nur wenn die Rahmenbedingungen in den Schulen wesentlich verbessert werden, kann Inklusion gelingen: Für ein erfolgreiches gemeinsames Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülern in den Schulen braucht man mindestens

- 2 Pädagogen/ Klasse als festes Team (1 Lehrer + 1 Sonderpädagoge) + 6% Vertretungsreserve
- 1 Sozialpädagogen/ Schule, deutlich mehr Schulpsychologen als jetzt
- deutlich kleinere Klassengrößen

Selbst bei optimaler Ausstattung der inklusiven Schulen wird es immer Schüler geben, die im Regelunterricht nicht ausreichend gefördert werden können und daher weiterhin an Förderschulen beschult werden müssen oder auf eigenen Wunsch oder Wunsch der Eltern dort beschult werden sollen. Deshalb darf auch in Zukunft auf keinen Fall auf Förderschulen verzichtet und der Elternwille und das damit verbundene Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich der Schule für ihr Kind abgeschafft werden.

Für alle Schulformen werden bereits heute mehr qualifizierte Sonderpädagogen gebraucht als tatsächlich zur Verfügung stehen. Zudem orientieren sich wegen der unsicheren Zukunft der Förderschulen in Brandenburg gute, qualifizierte Sonderpädagogen hin zu Regelschulen oder in andere Bundesländer mit der Folge, dass bereits jetzt schon in den Förderschulen sonderpädagogische Lehrer z.T. spürbar fehlen. Deshalb fordert der Kreiselterrat Havelland für die Sicherstellung guten Unterrichts die Wiederaufnahme des Studienganges „Sonderpädagogik“ im Land Brandenburg.

Gute Bildungspolitik hat nicht nur mit Visionen sondern auch mit einer guten personellen und sächlichen Ausstattung der Schulen zu tun. Das kostet Geld! Darüber hinaus können Änderungen in der Bildung nur bei Akzeptanz in der Bevölkerung gelingen. Wenn man aber den Eindruck gewinnt, dass es bei der Einführung von Inklusion eigentlich nur um die Durchsetzung von Sparzwängen geht, die Planungen offenbar schon feststehen und offensichtlich nur noch pro Forma Gesprächs- und Gestaltungsangebote an die Betroffenen gemacht werden, kann auch die beste bildungspolitische Vision nicht gelingen!

Christiane Lewandowski

(Vorsitzende Kreiselterrat Havelland)“

Erfolgreicher Schulleiter nimmt Stellung zu Arbeitszeit der Lehrkräfte

Veröffentlicht am 7.06.2011 durch Redaktion

Jens Großpietsch hat mit seinem Kollegium aus einer Restschule eine begehrte Haupt- und jetzt Gemeinschaftsschule gemacht. Hier seine Position zu den Forderungen der Elternschaft und GEW:

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/wir-brauchen-eine-praesenzpflicht-fuer-lehrer-/4257606.html>

Neues aus dem Kreisschulbeirat

Veröffentlicht am 8.06.2011 durch Redaktion

Am 7.6.2011 tagte der Kreisschulbeirat Havelland regulär zum letzten Mal in der Wahlperiode 2009/2011.

Hier einige Neuigkeiten aus dem Kreis:

Die Personalbestand im Kreis ist ausreichend. Die Stundenzuweisungen für das neue Schuljahr decken nach Aussagen des Staatlichen Schulamtes Brandenburg/Havel den Bedarf vollständig. Lediglich in kleinen Klassen von ca. 18 Schülern wurden Teilungsstunden gestrichen. Eine flächendeckende Strundenkürzung bei den Poolstunden wie im letzten Schuljahr ist nicht vorgesehen.

Leider können die Referendare nicht übernommen werden, weil das Land dem Schulamt nicht genügend Mittel zur Verfügung stellt. Lehrer-, Eltern- und Schülervvertreter setzen sich vielerorts für die Referendare und befristet beschäftigten Lehrkräfte ein, bisher ohne Erfolg. In der GS Dallgow-Döberitz soll ein Referendar nicht übernommen haben, der eine aktive Kraft bei der Einführung der Inklusion ist. Hier behindert der Sparkurs die eigene Reform. Die Vergleichsarbeiten Mathe/Deutsch im 6. Schuljahr hatten im Havelland einen Durchschnitt von 3. Dabei gab es keine wesentlichen Abweichungen gegenüber den Vorjahren. Die Spanne der Klassenergebnisse reichen von 2,3 bis 2,9, aber die meisten Klassen lagen recht genau im Durchschnitt. Eine Auswertung wird in den Schulen vorgenommen.

Das Ü7-Verfahren ist abgeschlossen. Der Anteil an Förderschüler(inne)n im kommenden 7. Jg. ist mit 46 deutlich höher als in den Vorjahren.

Die Integration an den Grundschulen nimmt zu. Die ersten Erfahrungen der Netzwerkschulen Inklusion sind positiv. Die Lehrkräfte haben sich inzwischen an die unterschiedlichen Bewertungen gewöhnt. Neben dem Förderbedarf Lernen gibt es auch eine (fast) vollständige Integration der (schwer) Seh- und Hörgeschädigten. Aus dem Havelland wir nur noch ein einziges Kind im Blindeninternat in KW beschult.

Der Rückblick auf die Regionalkonferenz fällt durchwachsen aus. Positiv wird der Beitrag der Grundschule Brueck bewertet. Negativ wird die mangelnde Möglichkeit zur Diskussion gesehen. In den westlichen Landesteilen gibt es Probleme mit dem Schulweg. Teilweise sind Kinder eine Stunde unterwegs und müssen große Umwege fahren. Wegen der geringen Schülerzahlen ist die Einrichtung neuer Buslinien für Havelbus aber nicht zumutbar. Auch der Transport der Schönwalder Kinder nach Nauen und Falkensee ist noch nicht ausreichend geklärt.

Klagen gibt es über die mangelnde Kommunikation zwischen Land und Kreis. So wurden noch vor kurzem mit hohem finanziellen Aufwand Räume für jeweils maximal 18 Schüler(innen) in der Förderschule Falkensee gebaut. Im Zuge der Inklusion sind diese Räume jetzt aber viel zu klein. Das MCG hat gute Aussichten, dass ein Antrag auf mehr Selbständigkeit im neuen Schuljahr genehmigt wird. Das könnte im Herbst ein Thema des KSB HVL sein.

Weitere Themen für die KSB-Sitzungen im Herbst könnten die Volksini "Schule in Freiheit" und Stand der Inklusion in der Sek1 sein.

Koalitionsstreit um Sparkurs in der Bildung

Veröffentlicht am 8.06.2011 durch Redaktion

Hochrangige Vertreter der Linken rücken vom Sparkurs der Landesregierung ab, an der die Partei ja selber beteiligt ist.

Christian Görke (parlamentarischer Geschäftsführer der Linken) fordert in einem Interview mehr Geld für die räumliche Ausstattung von inklusivem Unterricht. Auf die Finanzierung und eine eventuelle Unterstützung der Schulträger (Kreise und Kommunen) geht er nicht ein: [Interview](#)

Die bildungspolitische Sprecherin Gerrit Große sieht das Reformvorhaben Inklusion in Gefahr, wenn am Ziel der Einsparung von 27 Millionen Euro im Bildungsetat festgehalten wird. Inklusion gehe nicht mit einer Klassenfrequenz von 28 Schülern. Damit stellt sie sich hinter die Forderungen der Elterngremien und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die mehr Personal in den Klassen und Frequenzen um 22 fordern. [Hier der Artikel in der MAZ](#). vom 8.6.2011.

Unterstützung kommt von den Grünen, die bisher als einzige Partei gefordert hatte, Bildung aus dem Sparkurs herauszuhalten.

Linke und Grüne warnen das Ministerium vor überstürztem Vorgehen:

[Position der Grünen](#) , [Position der Linken](#) ,
[Presseartikel der MAZ](#) vom 7.6.2011.

Studie zur Lehrerversorgung in der Presse

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12103241/62249/Nach-einer-Studie-des-Leibniz-Instituts-muesste-Brandenburg.html> .

Studie zur Lehrerversorgung

Veröffentlicht am 10.06.2011 durch Redaktion

Am 10.6. stellte die Landtagsfraktion von B90/Grüne eine von ihr in Auftrag gegebene [Studie zur Lehrerversorgung im ländlichen Raum](#) vor.

Danach werden in den nächsten Jahren durchschnittlich 600 neue Lehrkräfte/Jahr benötigt. Gleichzeitig macht die Studie konkrete Vorschläge, wie der dünn besiedelte ländliche Raum attraktiv für Junglehrer gemacht werden kann. In den berlinfernen “peripherisierten” Gebieten Brandenburgs ist die Lehrerschaft im Schnitt älter.

Auf der anschließenden Diskussion ging es dann aber auch um die aktuellen Probleme der Referendare, die nicht übernommen werden sollen, obwohl sie in den nächsten Jahren dringend gebraucht werden. Gerritt Große, bildungspolitische Sprecherin der Regierungspartei Die Linke, will sich dafür einzusetzen, dass in der Bildung weniger gespart wird. In den letzten Wochen gab es aus den Reihen der Linken immer wieder Kritik am Sparkurs im Bildungsbereich.

Die Grünen kündigten an, einen Antrag zu stellen auf Einrichtung von 300 statt den geplanten 150 Lehrstellen. Damit könnte ein großer Teil der Referendare eingestellt werden. Finanziert werden soll das mit einem relativ kleinen Teil der erwarteten Steuermehreinnahmen von insgesamt ca. 300 Mill. Euro. Nach Berechnungen der Grünen kostet die um ein Jahr vorgezogene Einstellung von 100 neuen Lehrer(innen) 5 Mill. Euro. Der größte Teil des Geldes solle allerdings zur Schuldentilgung verwandt werden.

Kindheit zwischen Stress und Bildschirmsucht

Veröffentlicht am 11.06.2011 durch Redaktion

Mit dem Thema Dauerstress für Kinder, die von ihren überehrgeizigen Eltern nachmittags von Klavierstunde über Nachhilfe zum Leistungssport oder Ballett gescheucht werden, hat sich Hiltrud Müller beschäftigt und insbesondere in Falkensee recherchiert. Dem Bildungsbürgertum und leistungsorientierten Eltern wird gerne vorgeworfen, Abitur über alles zu stellen und ihren Kindern mit übertriebenem Leistungsdruck die Freude zu nehmen. Als bekannter Elternsprecher wurde ich auch dazu befragt, konnte den Vorwurf aber nur in Einzelfällen bestätigen. Sicherlich gibt es das in allen Schichten verbreitete psychologische Phänomen, dass die (nicht erfüllten) Wünsche der Eltern auf die Kinder projiziert werden. Nach meiner Erfahrung wollen die meisten Eltern die Begabungen ihrer Kinder fördern, weil sie die Erfahrungen gemacht haben, dass in der Schule zu wenig differenziert wird (was ja auch wissenschaftlich belegt ist). Außerdem sind die Ganztagsangebote noch zu selten und auch qualitativ durchaus noch ausbaubar. Der übertriebene Drang zum Gymnasium hat sich inzwischen wieder gelegt, begünstigt durch die derzeit guten Berufsaussichten und die Erkenntnis, dass eine Überforderung auf Jahre leistungshemmend sein kann.

[KindheitimDauerstress](#) (als PDF)

Wolfgang Seelbach

KSB HVL: Referendare übernehmen!

Veröffentlicht am 16.06.2011 durch Redaktion

Kreisschulbeirat Havelland: Referendare sollten übernommen werden!

Auf der Sitzung des Kreisschulbeirates Havelland am 7.6.2011 wurde das Dilemma deutlich:

An vielen Schulen in unserem Kreis unterrichten Referendare und Lehrer mit Zeitverträgen, die gute Arbeit machen und bei Eltern und Schülern beliebt sind. Mit der Forderung nach Weiterbeschäftigung konfrontiert, konnte der Vertreter des Staatlichen Schulamtes dennoch keine Zusagen geben. „Ich würde die guten Lehrer liebend gerne einstellen, aber mir fehlen die Mittel.“, sagte der Vertreter des Schulamtes Brandenburg/Havel, das für die Einstellungen vor Ort zuständig ist.

Hintergrund: Die Landesregierung wollte ursprünglich 300 neue Lehrkräfte einstellen, um gute Lehrer an Brandenburg zu binden. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung werden jetzt nur ca. 150 Vollzeitstellen geschaffen, die vor allem durch Aufstockungen besetzt werden. Dadurch gibt es im ganzen Land kaum Neueinstellungen. Das mag zwar bedarfsgerecht sein, ist aber zu kurzfristig gedacht. Angesichts des sich abzeichnenden Lehrkräftemangels drohen in den nächsten Jahren bundesweit Engpässe. Dann sind aber unsere jetzigen motivierten Referendare aus Brandenburg zum größten Teil schon längst in anderen Bundesländern beschäftigt.

Ein neues Gutachten des Leibniz-Institutes spricht von 600 Pädagog(inn)en pro Jahr, die eingestellt werden müssten.

Die Regierung setzt darauf, in den nächsten Jahren wieder wie bisher mit Anzeigenkampagnen und verlockender Verbeamtung Lehrkräfte aus anderen Bundesländern abzuwerben. Damit schafft sie aber erst mal Frustration vor Ort:

- Gute Lehrkräfte werden von ihren Klassen getrennt.
- Engagierte Junglehrer(innen) können nicht mehr kontinuierlich arbeiten.
- Das Reformvorhaben Inklusion wird um aktive Posten geschwächt. Ausgerechnet die jungen Lehrkräfte, die sich dafür engagieren, werden vertrieben.

Wolfgang Seelbach, Vorsitzender Kreisschulbeirat Havelland

Inzwischen gibt es vor Ort immer mehr kritische Stimmen zum harten Sparkurs der rot-roten Regierung. Die SPD-Bürgermeister von Falkensee und Potsdam fordern mehr Lehrkräfte, auch einzelne Landtagsabgeordnete der Linken sprechen sich dafür aus, mehr Lehrkräfte einzustellen und die Sparvorgaben bei der Bildung zurückzunehmen.

Die Fraktion von B90/Die Grünen stellt auf der nächsten Landtagssitzung einen Antrag auf mehr Neueinstellungen: 340 statt 150 Stellen.

Hier der Text mit Begründung: [2011 06 Antrag Neueinstellungen](#)

[Siehe auch dazu Berichte aus der MAZ](#)

Neue Elterninitiative in Potsdam

Veröffentlicht am 19.06.2011 durch Redaktion

Am 18.6.2011 fand eine Kundgebung auf dem Luisenplatz in Potsdam mit ca. 350 Eltern und Schülern statt, die vor allem aus der Gerhard Hauptmann Grundschule kamen. Mit phantasievoller Verkleidung und Straßenaktionen wurde das Motto "Bildung geht Baden" veranschaulicht.

Eltern und Kinder stellten in vielen Beiträgen die Situation der Schule dar, die dramatisch unter Personalmangel zu leiden hat. Für eine der 12 Klassen gibt es noch nicht einmal eine(n) Klassenlehrer(in).

Der Sprecher der Eltern bemängelte die fehlende Flexibilität des Schulamtes Brandenburg/Havel und forderte mehr Ressourcen von der Landesregierung.

Die Kundgebung war gleichzeitig offizieller Gründungstermin für eine neue Elterninitiative "Bildungsbündnis Potsdam", die auch über Potsdam hinaus aktiv werden will. Viele Eltern haben sich in Listen eingetragen und wollen aktiv für bessere Bildungsbedingungen kämpfen. Unterstützt wurden die Forderungen der Initiative von den Vorsitzenden des Kreiselterrates Potsdam und des Kreisschulbeirates Havelland.

Kontakt: bildungsbuendnis@gmx.de

Flyer mit den Forderungen: [Demo 18Juni Potsdam Luisenplatz](#)

[Bericht zur Demo in der MAZ](#)

[pnn zum Hintergrund der Veranstaltung](#)

Inklusion im Landtag

Veröffentlicht am 24.06.2011 durch Redaktion

[Die Standpunkte der Parteien in Kurzform in der MAZ ...](#)

... und in Langform:

[Thomas Günther für die SPD](#) : Jede Schule soll Förderschule werden, dann bleibt kein Kind zurück.

[Gerrit Große für die Linke](#) : ohne Zeitdruck, unter Mitwirkung aller Betroffenen sowie Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen auf den Weg bringen

[Marie Luise von Halem für B90/Grüne](#) : Wir unterstützen Inklusion, aber die Ankündigung der Schließungen 2019, ohne den Weg aufzuzeigen, war ein schwerer strategischer Fehler.

[Saskia Ludwig für die CDU](#) : kompletter Irrweg ... Förderschulen behalten ... Inklusion ist Gleichmacherei ... Projekt stoppen

[Andreas Büttner für die FDP](#) : FDP steht uneingeschränkt zur Inklusion ... Landesregierung muss Konzept vorlegen.

[Kommentar der MAZ](#) : CDU schürt Ängste und erweist den Betroffenen einen Bärendienst. Das Bildungsressort seinerseits soll schnell Maßnahmenplan vorlegen.

Kreiselternrat Havelland zu Übergängen und Inklusion

Veröffentlicht am 24.06.2011 durch Redaktion

In der Juni-Sitzung des Kreiselternrates Havelland wurden die Übergänge Kita-Grundschule und Grundschule-weiterführende Schule diskutiert.

Die Aufnahme in die Grundschule sollte nicht mit zweifelhaften Fragebögen begleitet werden, die zu Vorurteilen und Stigmatisierungen führen. Stattdessen sollte die aufnehmende Schule in engem persönlichem Kontakt zu der Kita stehen. Die Portfolios können den Lehrkräfte aufschlussreiche Informationen über die Entwicklung und den Stand der Kinder liefern.

Als positives Beispiel stellten die Schulleiter Frau Mohr und Herr Frost die Zusammenarbeit der Grundschule Am Wasserturm Dallgow-Döberitz mit dem Marie-Curie-Gymnasium dar. So lernen die Grundschüler schon im 6. Schuljahr die Physikräume des MCG kennen und machen dort Versuche. Oberstufenschüler des MCG stellen sich als Tutoren für Fünft- und Sechstklässler zur Verfügung. Die hauseigenen Lehrpläne werden nach Möglichkeit aufeinander abgestimmt. Das Beispiel sollte Schule machen und z. B. auch in Falkensee Nachahmer finden.

Die Grundschule Dallgow-Döberitz ist seit 2010 ein Pilotschule zur Inklusion. Auf die Frage, wie die Inklusion laufe, sagte Herr Frost, dass er die aktuelle Aufregung nicht verstehe. Er führe schon seit 19 Jahren Integration durch und immer mehr Eltern bevorzugen den gemeinsamen Unterricht. Die Integration der Lernbehinderten sei kein Problem, allerdings gebe es beim Förderbedarf emotionale Entwicklung Schüler, die nicht in einer Regelklasse zu halten sind. Im übrigen gibt es gute Erfahrungen mit Körper- und Sinnesbehinderten. Die technischen Hilfsmittel würden ausreichend zur Verfügung gestellt.

CDU: zweigliedriges Schulsystem?

Veröffentlicht am 28.06.2011 durch Redaktion

Der Bundesvorstand der CDU wird dem nächsten Parteitag vorschlagen, das alte Konzept des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten einer Zweigliedrigkeit aufzugeben. Dabei würde das Gymnasium in seiner jetzigen Art bestehen bleiben und Haupt- und Realschule zusammengelegt werden.

Gleichzeitig öffnet sich der CDU-Vorstand vorsichtig den Konzepten der Gesamt- und Gemeinschaftsschule, indem "integrative Systeme" respektiert würden. Nach Widerspruch

insbesondere der CSU wurde das neue Konzept wieder aufgeweicht: "Funktionierende Haupt- und Realschulen" sollen dort bestehen bleiben, "wo dies dem Elternwillen entspricht".

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12116732/62249/Die-Hauptschule-soll-abgeschafft-und-ein-Vorschuljahr-soll.html>

<http://www.tagesspiegel.de/politik/hintertuer-fuer-die-hauptschule/4330204.html>

<http://www.pnn.de/politik/487106/>

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/cdu-will-hauptschule-abschaffen/4312596.html>

Aktuelles zur Inklusion

Veröffentlicht am 29.06.2011 durch Redaktion

Die Pläne der Landesregierung zur Inklusion stehen zur Zeit im Mittelpunkt der pädagogischen Diskussion. Dabei ist die Beschlusslage noch dürftig, denn der "Entwicklungsplan" Inklusion ist noch in Arbeit. Angekündigt wurde bisher vom Ministerium Bildung, Jugend, Sport, dass alle Kinder mit Förderbedarfen Lernen, Sprache und 'Verhalten' spätestens ab 2019 in Regelklassen unterrichtet werden und dass es dazu eine Fortbildungsoffensive der Lehrkräfte geben wird. Stand ursprünglich die Schließung der entsprechenden Förderschulen insbesondere mit Förderbedarf Lernen im Mittelpunkt der Presseerklärungen, so heißt es jetzt moderater: "Im Jahr 2019 soll kein Kind wegen eines besonderen Förderbedarfs im Lernen, in der sprachlichen Entwicklung oder im Verhalten seine Schule verlassen müssen.", so Ministerin Münch. "Ich will unsere Schulen in die Lage versetzen, künftig alle Schüler aufnehmen und bestmöglich fördern und unterstützen zu können."

Das Ministerium im Originalton:

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.248770.de> und

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.252728.de>

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.253139.de>

[Die "Verteidigungsministerin" ...](#)

... [und Leserbrief](#)

Der Städte- und Gemeindebund sieht bei den verschiedenen Förderbedarfen unterschiedlichen Handlungsdruck: "Während eine nahezu vollständige inklusive Beschulung bei bestimmten Förderschwerpunkten sinnvoll und möglich erscheint, werden Förderschulen für andere Förderschwerpunkte auch weiterhin Bestand haben."

[2011 06 14 Staedte- und Gemeindebund zu Inklusion](#)

[Kommentar von Rainer Kreuzer zur Exklusion](#)

Linke und Grüne warnen vor überstürztem Vorgehen:

[Position der Grünen](#) , [Position der Linken](#) ,
[Presseartikel der MAZ](#)

[CDU fordert Stopp des Modellversuchs Inklusion](#)

Einzelne Schulen:

[Ministerin Münch in der Diesterwegschule](#) (BraWo)

[Diesterwegschule Falkensee auf dem Weg zur Inklusion](#) (MAZ)

[Diesterwegschule: Guter Wille allein reicht nicht](#)

[Kommentar von Hiltrud Müller](#)

[Leserbrief von Gerd Gunkel zu Inklusion Falkensee](#)

[Bildungsausschuss Falkensee](#)

["Leuchtturmschule" Birkenwerder wird vorgestellt](#)

[Förderschule Zehdenick](#)

[Oberschule Premnitz beschult Autisten](#)

Die Lehrerin Maja Knopf, Schülerzeitung "Wasserturmexpress", beschreibt in einem Leserbrief in der MAZ vom 28.6.2011 den "langen Weg zur Integration" in der Grundschule Dallgow-Döberitz.

"Unsere Grundschule "Am Wasserturm" Dallgow-Döberitz ist eine von sieben Schulen, die sich am Pilotprojekt "Inklusive Schule" beteiligen. ... Schon jetzt nehmen 31 Schüler am gemeinsamen Unterricht teil. Betroffene Eltern ..." betonen immer wieder, " ... wie wichtig diese Integration ist. Aber auch Probleme kamen zur Sprache: Sächliche und personale Voraussetzungen müssen passen, Sonderpädagogen müssen zur Verfügung stehen, die nicht anderwärtig für Vertretungen abgezogen werden. ... Nun liegt es an der Politik, eine gute Sache nicht scheitern zu lassen und alle ins Boot zu holen."

[Ariane Ullrich, Mutter eines Down-Syndrom-Mädchens aus Zossen im Interview](#): "Den stumpfsinnigen, vor sich hinstarrenden, nicht sprechenden und lernresistenten „Downie“ mit Pagenschnitt gibt es aber nicht. Kinder mit DS sind vielfältiger in ihren Möglichkeiten als es „normale“ Kinder sind. ... Gemeinschaftsschulen mit ausreichendem, motiviertem und sehr gut ausgebildetem Personal ermöglichen es, jedes Kind nach seinen Stärken und Schwächen zu fördern."

Der Falkenseer Bürgermeister Heiko Müller überraschte auf der Mai-Stadtverordnetenversammlung mit der Nachricht, dass durch die Inklusionspläne 26 neue Klassen (davon 15 Grundschulklassen) in der Stadt erforderlich sind. "Das heißt, wir reden hier von einer weiteren Schule, die zu errichten wäre", so Müller. Er fordert für die Kommunen Unterstützung vom Land. "Ich glaube, dass die Folgen dieser angestrebten Entwicklung noch nicht ausreichend bedacht worden sind." (MAZ vom 27.5.2011, S.14) Auf Nachfrage von Wolfgang Seelbach erklärte er dem Kreisschulbeirat Havelland, wie er zu den Zahlen gekommen ist:

"Die im besagten Artikel geschilderten Zahlen basieren auf einer generellen Senkung der Klassenstärken auf 24 Schülerinnen und Schüler je Klasse auf der Basis unserer gegenwärtigen Schülerzahlen an den Falkenseer Schulen. ...

Basis meiner Überlegungen war, dass in jeder Klasse inkludiert werden kann bzw. muss. Um ein ausgewogenes Gleichgewicht in den einzelnen Klassen zu gewährleisten, halte ich dies für unabdingbar.“

[Zum Brief der Fraktionen der SVV Falkensee](#)

Christian Görke (parlamentarischer Geschäftsführer der Linken) fordert in einem Interview mehr Geld für die räumliche Ausstattung von inklusivem Unterricht. Auf die Finanzierung und eine eventuelle Unterstützung der Schulträger (Kreise und Kommunen) geht er nicht ein:
[Interview](#)

Roger Lewandowski, Schuldezernent des Kreises Havelland, will einen Teil der Förderschulen insbesondere für diejenigen Schüler erhalten, die eines “geschützten Raumes” bedürfen:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12090144/61759/MAZ-Gespraech-mit-Roger-Lewandowski-ueber-die-Zukunft.html>

Widerspruch erhält er vom Netzwerk ‘Selbst aktiv’, einer Gruppe behinderter Menschen in der SPD. Frau und Herr Szymanowicz entgegnen in der MAZ vom 21.6.2011, dass die Inklusion längst erprobt sei. “In vielen südeuropäischen und skandinavischen Ländern ... besuchen 95% der Schüler mit Förderbedarf eine allgemeine Schule.”

Hiltrud Müller verweist auf einen Schwachpunkt der Pläne der Landesregierung, die Intergration von Schülern mit Förderbedarf emotionale und soziale Entwicklung. “Während bei der Integration geistig und körperlich Behinderter ausgezeichnete Erfahrungen gemacht wurden, hat die Eingliederung von Verhaltensgestörten ihre Grenzen. Ein solcher Schüler ist mitunter in der Lage, die ganze Klasse am Lernen zu hindern.”

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12090098/61759/Mangelhaft-Hiltrud-Mueller-haelt-den-Verzicht-auf-die.html>

Die Lehrgewerkschaft GEW ist mit ihrem Positionspapier schon vorab an die Presse getreten. Im Zusammenhang mit der angestrebten Inklusion fordert sie 1200 neue Stellen mit sonderpädagogischer Qualifikation, bis zu 900 Sozialarbeiter, 2 Lehrkräfte in der Klasse und maximal 22 Schüler.

<http://www.die-mark-online.de/nachrichten/land-brandenburg/brandenburg/gew-gemeinsames-lernen-fehlen-1200-lehrer-1248894.html>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12088255/62249/GEW-fordert-zusaetzliche-Lehrer-Fuchs-Inklusion-nur-mit.html>

Die Vorsitzende des Kreiselterrates Havelland befürwortet Inklusion, da diese “Unterrichtsform ... sich an den individuellen Bedürfnissen **JEDES** einzelnen Kindes orientiert und sich durch eine starke Binnendifferenzierung und flexible Unterrichtsmethoden auszeichnet. Dies fordert der Kreiselterrat Havelland schon seit Jahren für alle Schulen.” Allerdings weist sie auch auf die mangelnden personellen Voraussetzungen und zu hohen Klassenfrequenzen hin. Eltern sollten weiterhin das Wahlrecht zwischen Regelklassen und Förderschulen haben.

[presseKER2011-1c](#) (Presseerklärung des Kreiselterrates HVL)

[Interview mit Frau Lewandowski](#) (BraWo)

Bericht über ein Down-Syndrom-Kind in einer inklusiven Regelklasse:

<http://www.zeit.de/2011/21/C-Inklusion>

Ein Blindenlehrer geht auf die Situation der Blinden ein:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12090330/15002785/Umfangreiche-Voraussetzungen-erforderlich-ZU-MINISTERIN-PLANT-ENDE-DER.html>

Mein Leserbrief geht auf unverzichtbare Voraussetzungen inklusiven Unterrichts ein:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12071325/15002785/Der-Unterricht-wird-sich-aendern-muessen-ZU-EINE.html>

In einer ersten Reaktion warnt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Brandenburg vor einer Überlastung der Lehrkräfte: “Nein zur Inklusion zum Nulltarif”

http://www.gew-brandenburg.info/Aktuelles.html?artikel_id=225

Ein Puppenspieler, der an Förderschulen auftritt, bezweifelt die Möglichkeiten der Regelklassen, entsprechende Förderung zu bieten:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12072396/15002785/Einheitssuppe-mit-bitterem-Beigeschmack-ZU-Ministerin-plant-Ende.html>

Ein pensionierter Oberschulrat geht vor allem auf die besonderen Bedingungen für Sinnesbehinderte ein:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12070158/15002785/Voraussetzungen-vielerorts-nicht-gegeben-Zu-Ministerin-plant-Ende.html>

Kommentar der Märkischen Allgemeinen Zeitung: “Ehrgeiziges Vorhaben”

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12067170/63629/Von-Marion-Kaufmann-Ein-ehrgeiziges-Vorhaben.html>

[Ein Leser der MAZ fordert Praktika für die realitätsfremden Schulräte](#)

Wolfgang Seelbach

Immer mehr Schulen mit 90-Minuten-Rythmus

Veröffentlicht am 29.06.2011 durch Redaktion

Immer mehr Schulen, auch Grundschulen stellen auf den 90-Minuten-Rythmus um. [Die Geschwister-Scholl-Grundschule zieht eine erste Bilanz.](#)

Protest erfolgreich: 100 neue Lehrer mehr!

Veröffentlicht am 29.06.2011 durch Redaktion

Das Bildungsministerium richtet jetzt doch 250 statt 150 neue Stellen ein.

Hintergrund: In den letzten Wochen und Tagen gab es immer wieder Protestbriefe, E-Mails und Aktionen von Eltern und Mitwirkungsgremien, die die Weiterbeschäftigung der Referendare und befristeten Lehrkräfte fordern.

Darüberhinaus haben einzelne Politiker der Regierungsparteien SPD und Linke, insbesondere die Bürgermeister von Potsdam und Falkensee und die Landtagsabgeordneten Gerrit Große und Christian Günther, die harte Sparpolitik im Bildungsbereich kritisiert. Die Fraktion B90/Die Grünen stellen einen Antrag auf Neueinstellung von 300 Lehrkräften, finanziert aus den zusätzlichen Steuereinnahmen.

Nach Presseberichten soll aber weiterhin an der Sparvorgabe von 28 Millionen festgehalten werden. Die 100 Stellen sollen aus eigenen Mitteln des Bildungsministeriums finanziert werden. Die Ministerin hofft, dass nicht alle (Zwangs-)Teilzeitlehrkräfte auf 100% aufstocken. Außerdem sollen nicht genutzte Vertretungsmittel verwandt werden.

[Hier die Pressemitteilung der Ministerin](#)

[Mehr dazu in den Potsdamer Neuen Nachrichten](#)

[Marie Luise von Halem in der PNN](#)

Lehrereinstellungen: Zwei Schritte zurück, einer vor

Veröffentlicht am 17.07.2011 durch Redaktion

Nach und nach werden Details der Sparmaßnahmen und geplanten Lehrereinstellungen bekannt. Danach wurden im Bildungsministerium zunächst die 350 geplanten Neueinstellungen auf 150 gekürzt, um dann nach Protesten in der Öffentlichkeit auf 250 erhöhen. Diese letztlich 100 Lehrer weniger entlasten den (Jahres-)Haushalt 2012 um 5 Millionen Euro. Laut pnn sollen gleichzeitig 10,5 Millionen aus der Vertretungsreserve für dauerkranke Lehrkräfte genommen werden. 5 Millionen Euro werden den Schulen in freier Trägerschaft gekürzt, was sich voraussichtlich in höherem Schulgeld bemerkbar machen wird. Die restlichen 4,5 Millionen Sparbeitrag sollen durch Kürzungen aus dem Schulsozialfond und nicht abgerufene Gelder beim Schüler-Bafög realisiert werden.

[Siehe pnn vom 12.7.2011](#)

[B90/Grüne sehen die derzeitige Schüler-Lehrer-Relation in Gefahr](#)

Im Haushalt 2012 sieht das Land Brandenburg nach Presseberichten hohe Sparvorgaben für das Bildungsministerium (ca. 25 Mill. Euro) und das Wissenschaftsministerium (ca. 27 Mill. Euro) vor.

Damit hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, dass diese beiden Ressorts von den Sparmaßnahmen ausgenommen würden. Opposition und einzelne Bildungspolitiker der Regierungsparteien hatten im Vorfeld gefordert, die zukunftsrelevante Bildung nicht so stark finanziell zu belasten.

[Bericht PNN](#)

[Bericht MAZ](#)

[Stellungnahmen kirchlicher Träger in der pnn](#)

Freie Schulen bald nur noch für Reiche?

Veröffentlicht am 18.07.2011 durch Redaktion

Wie die MAZ am 7.7.2011 berichtet, sollen die Kürzungen für Schulen in freier Trägerschaft deutlich höher ausfallen als bisher geplant.

“Freie Grund- und Oberschulen sollen rund 20 Prozent ihres Budgets verlieren, Berufsfachschulen wie die Agus sogar bis zu 31 Prozent, Gymnasien dagegen kaum oder gar nicht.”

Das würde bedeuten, dass die betroffenen Schulen das Schulgeld dramatisch erhöhen müssen und Kinder aus einkommensschwachen Familien kaum noch freien Zugang mehr gewähren könnten.

Begründet wurden die geplanten Kürzungen in der Vergangenheit damit, dass Brandenburg jetzt einen Anteil der Schüler bei privaten Trägern von ca. 9% erreicht habe. Das sei Bundesdurchschnitt und ein weiterer Zuwachs sei nicht erwünscht. Umstritten ist, ob mit der Maßnahme der Haushalt entlastet werden kann. Vertreter der Freien Schulen betonen immer wieder, dass ein Schüler in einer staatlichen Schule für den Staat deutlich teurer ist als bei einem freien Träger. Unter dem Aspekt würde die geplante Kürzungsmaßnahme indirekt den Haushalt mehr belasten.

Hier eine Auswahl an Presseberichten:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12122566/61299/Geplante-Kuerzungen-des-Landes-lassen-Traeger-um-die.html>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12122515/60709/Weil-das-Land-die-Zuwendungen-kuerzen-will-beginnen.html>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12122564/61299/Private-Fachschule-soll-drastisch-sparen-Naechster-Tiefschlag-fuer.html>

<http://www.pnn.de/potsdam/502664/>

<http://www.pnn.de/potsdam/503492/>

[Waldorfschule Potsdam: Eine Entscheidung, die “nicht spart, sondern kostet.”](#)

aus Sicht eines ehemaligen DDR-Oppositionellen: <http://taz.de/Kampf-gegen-Privatschulen/!74825/>

<http://taz.de/Steigendes-Defizit-bei-den-freien-Schulen/!74821/>

Schulkonsens: Hurrelmann empfiehlt CDU-2-Wege- und Berliner Modell

Veröffentlicht am 29.07.2011 durch Redaktion

Der anerkannte Bildungsforscher Klaus Hurrelmann hält nichts von dem "Schulfrieden" in NRW. Ein Bildungskompromiss, der zu den bestehenden insgesamt neun Schulformen (davon fünf in der Sekundarstufe) lediglich noch eine weitere hinzufügt, verwirrt die Eltern noch mehr. Die fehlende Oberstufe kommt wieder nicht dem Elternwunsch nach einem zweiten Weg zum Abitur entgegen.

Hurrelmann zitiert aus dem Vorschlag der CDU-Kommission und spricht vielen Eltern aus der Seele, die mit den Kindern das Bundesland wechseln. "... treten wir für die Reduzierung der Schulformen und die Einführung des Zwei-Wege-Modells ein: Gymnasium und Oberschule." Die Oberschule als "weiterer und gleichwertiger Bildungsweg" solle Haupt- und Realschule zusammenfassen und mit Berufsausbildung oder Abitur abschließen.

Das CDU-Modell gibt es übrigens schon: im rot-rot-regierten Berlin. "Statt 'Oberschule' heißt die Schule ... 'Integrierte Sekundarschule', aber ansonsten sind alle Punkte [der CDU-Kommission] erfüllt."

"Wann werden die Bildungspolitiker der 15 Länder den nächsten Schritt wagen und eine solche Vereinbarung für das gesamte Bundesgebiet treffen? Die CDU-Vorstandsvorlage und das im vorigen Jahr beschlossene Schulgesetz des Senats in Berlin liefern die Blaupause dafür."

Den ganzen Kommentar lesen Sie hier: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/zwei-schulen-fuer-alle/4439252.html>

Hurrelmann mit NRW-Bildungsministerin Löhrmann im Interview: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/pisaplus/1510334/>

Der NRW-Schulkonsens im Original ... http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Rubriken/Aktuelles/Schulkonsens/Schulkonsens_Eckpunkte.pdf

... und auf der Homepage der Regierung: <http://www.schulministerium.nrw.de/BP/index.html>

Neu: Grundwortschatz, mehr Individualisierung

Veröffentlicht am 12.08.2011 durch Redaktion

Wichtige Neuerungen ab Schuljahr 2011/12:

Das Ministerium legt einen Grundwortschatz als Zielvorgabe für das 4. Schuljahr fest. Die Qualitätssicherung wird um Orientierungsarbeiten in den Stufen 2 und 4 ergänzt. Die Abschlussprüfung nach dem 10. Schuljahr wird um eine Hörverstehensprüfung erweitert. Lehrer sollen besser für Individualisierung und gemeinsames Lernen mit behinderten Kindern vorbereitet werden. Dazu wird eine Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes vorbereitet, die

2013 in Kraft treten soll.

Weitere Englischlehrer sollen Fortbildungen wahrnehmen.

Die Schulvisitation startet in die zweite Runde und wird durch die Themen individuelle Förderung, Ganztagsangebot und Berufsorientierung ergänzt. Die Berichte werden in Kurzform jetzt veröffentlicht.

Erklärung des MBS

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.259977.de>

Grundschulmaterial

http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/gschule_deutsch.html

Presseberichte

<http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/565480/>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12149290/62249/Zum-neuen-Schuljahr-kommen-auf-Brandenburgs-Schueler-hoehere.html>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12149556/62249/>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12149432/63629/>

Schule erzeugt mehr Energie als sie verbraucht!

Veröffentlicht am 12.08.2011 durch Redaktion

Und es geht doch: In Hohen Neuendorf steht eine 'Plusenergieschule', die übers Jahr mehr Energie erzeugt als sie verbraucht – und das bei nur 10% Mehrkosten. Die Schule steht schon, der Energie-Praxistest steht allerdings noch aus. In zwei Jahren wird sich zeigen, ob das Konzept des Architekten Ingo Lütkemeyer aufgegangen ist.

Wissenschaftliche Begleitung erhält das Projekt vom Fraunhofer Institut und der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft.

Das könnte Vorbild für zukünftige Neubauten in der Region werden.

Mehr unter

<http://www.eneff-schule.de/index.php/Demonstrationsobjekte/Plusenergieschulen/low-tech-und-low-cost-plusenergie-grundschule-hohen-neuendor.html>

und

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12148650/485072/Deutschlands-energetisch-modernste-Bildungseinrichtung-steht-in-Hohen-Neuendorf.html>

Osthavelland: weiterführende Schulen überfüllt

Veröffentlicht am 12.08.2011 durch Redaktion

Die weiterführenden Schulen im Osthavelland müssen teilweise mehr Klassen einrichten als ursprünglich konzipiert. Eng wird es insbesondere im Lise-Meitner-Gymnasium, dem Neuen Gymnasium und der Kant-Gesamtschule. Auch das für fünf Züge ausgelegte Marie-Curie-Gymnasium muss schon wieder sechszügig starten. Noch ist das möglich, weil die Oberstufe noch nicht fertig aufgebaut ist.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12148471/61759/Voller-gehts-nicht-Im-Schuljahr-stossen-die-weiterfuehrenden.html>

Für Schönwalder Kinder, die keinen Platz an der Kant-Gesamtschule mehr erhalten haben, ergeben sich unzumutbar lange Schulwege nach Brieselang, Elstal oder Nauen.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12150118/61759/Kinder-und-Eltern-vor-allem-aus-Schoenwalde-fluchen.html>

Aktuelle Zahlen der Einschulungen Jg. 1 und 7

Nauen

GS am Lindenplatz 24 Kinder/1 Klasse

GS Käthe Kollwitz 50/2

Arco GS 48/2

Leonardo da Vinci Oberschule 21/1

Goethegymnasium 112/4

Leonardo da Vinci Gymn. 51/3

Ketzin

Europa GS 53/2

Theodor Fontane Oberschule 48/2

Friesack

Kooperationsschule 28/1

Oberschule 56/3

Paulinenaue

Karibu GS 23/1

Brieselang

Zebra GS 39/2

Robinson GS 48/2

Oberschule 72/3

Falkensee

Diesterweg GS 96/4

Lessing GS 77/4

Europaschule am Gutspark GS 80/3

Erich Kästner GS 71/3

Geschwister Scholl GS 84/3

Oberschule 104/4

Lise Meitner Gymnasium 144/6

Neues Gymnasium 110/4

I. Kant Gesamtschule 159/6

Schönwalde
GS Menschenskinder 57/3
GS Perwenitz 18/1

Dallgow-Döberitz
GS Am Wasserturm 100/4
Marie Curie Gymnasium 176/6

Wustermark
GS vorauss. 39/2; zwei Flexklassen mit insgesamt 36
Oberschule Elstal 79/3

MAZ 11.8.2011

Bildungsmonitor: Lage verbessert sich.

Veröffentlicht am 17.08.2011 durch Redaktion

Der seit 2004 jährlich erscheinende Bildungsmonitor bescheinigt den Bundesländern eine Verbesserung der Bildungssituation. Er wurde jetzt veröffentlicht, die Datenbasis ist aber vor allem aus dem Jahr 2009.

Wichtige Ergebnisse:

- Alle Länder haben sich deutlich verbessert. So wird das heutige Schlusslicht Berlin mit 63 Punkten deutlich besser eingeschätzt als Bayern 2004 (damals 54 P., heute 71 P.). Brandenburg hat sich auch verbessert, liegt aber hinten auf Platz 13.
 - Im Ranking liegen 13 Bundesländer relativ eng beisammen (71 bis 63 P.). Ausreißer nach oben sind Sachsen, Thüringen und Ba-Wü.
 - Die größten Verbesserungen wurden in folgenden Handlungsfeldern erzielt: Zeiteffizienz, Akademisierung, Inputeffizienz und Förderinfrastruktur.
 - Frühkindliche Bildung und individuelle Förderung sind entscheidende Faktoren zur Chancengerechtigkeit.
 - Der soziale Aufstieg geht wesentlich über den Ingenieur und ähnliche Berufe, insofern sind die mathematisch-naturwissenschaftlichen besonders wichtig für sozialen Ausgleich. Angesichts des aktuellen Fachkräftemangels gerade auch in Zukunftstechnologien betont die arbeitgeberfinanzierte Studie die ökonomische Bedeutung von Bildung. „Die bessere frühkindliche Förderung und mehr Ganztagschulen reduzieren Bildungsarmut. Eine Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung hebt zusätzliche Potenziale. Ein gerechter Zugang zu Bildung schafft Wachstumsperspektiven in innovativen Branchen.“ (Prof. Axel Plünnecke, Studienleiter beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln)
- Die Studie betont, dass „Bildung als kumulativer Prozess bereits in der kindlichen Früherziehung beginnt und sich in der Schule fortsetzt. Die frühkindliche Bildung hat stark positive Wirkungen auf die Entwicklung insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Schichten Damit hat die frühkindliche Bildung das Potenzial, Schwächere zu fördern und den Abstand zu Stärkeren zu verringern und gleichzeitig auch die Stärkeren zu fördern Auch die individuelle Förderung an Schulen kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Zum einen ist die Förderinfrastruktur von hoher Bedeutung, zum anderen bieten bessere

Betreuungsbedingungen bessere Voraussetzungen für eine individuelle Förderung.“ (Bericht Kurzform Seite 9)

Die Studie gibt keine klare Auskunft darüber, inwieweit die Ergebnisse durch veränderte Bildungsanstrengungen oder nicht vielmehr durch strukturellen Wandel verursacht sind. So hält die IHK Potsdam die Ergebnisse für nicht aussagekräftig, weil der demografische Wandel nicht berücksichtigt sei.

<http://www.insm.de/insm/Presse/Pressemeldungen/Bildungsmonitor-2011.html>

Sonderpädagogik: es wird wieder ausgebildet.

Veröffentlicht am 27.08.2011 durch Redaktion

Im Zusammenhang mit der Diskussion um mehr Integration und Inklusion an den Brandenburger Schulen haben die Mitwirkungsgremien im Havelland und der Landeselternrat in den letzten Monaten immer wieder gefordert, dass der vor einigen Jahren geschlossene Studiengang Sonderpädagogik wieder eingerichtet wird.

Auf dem Falkenseer Frauenstammtisch von Ursula Nonnemacher am 25.8. gab Gerrit Große, bildungspolitische Sprecherin der Linken, bekannt, dass ein neuer Studiengang Inklusionspädagogik in Potsdam eingerichtet wird. Die ersten Absolventen erwartet sie 2020. Neben der Ausbildung von Sonderpädagogen wird der neue Fachbereich auch den obligaten inklusionspädagogischen Bereich der Lehrkräfteausbildung übernehmen.

Förderschule wird Integrative Grundschule

Veröffentlicht am 29.08.2011 durch Redaktion

Bei der Debatte über Förderschulen hat man manchmal das Gefühl, dass überzogene bildungsideologische Positionen wie “Schließung aller Förderschulen” oder “Erhalt aller Förderschulen” einer sinnvollen, an den Bedürfnissen der Beteiligten vor Ort ausgerichteten Lösung im Wege stehen.

Die Neuzeller Förderschule zeigt, wie es auch gehen kann. Gemeinsames Lernen kann auch dadurch erreicht werden, dass eine Förderschule sich Nichtbehinderten öffnet – pädagogisch sinnvoll und pragmatisch. Das Beispiel könnte Schule machen und die Inklusionsdebatte bereichern.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12160246/62249/Neuzeller-Foerderschule-wird-zur-Schule-fuer-Behinderte-und.html>

Früher Fördern statt reparieren.

Veröffentlicht am 30.08.2011 durch Redaktion

„Früher Fördern ist besser als später reparieren.“ Das ist das Leitmotiv von Kai Maaz, Bildungsforscher an der Uni Potsdam.

In einem Interview geht er auf die sich wandelnden Wissensanforderungen, höheren Akademikeranteil und seine groß angelegte Studie, die den Übergang von der Sekundarschule zur Oberstufe untersucht.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2011/0829/berlin/0004/index.html>

7000 gegen Kürzungen bei der Bildung

Veröffentlicht am 1.09.2011 durch Redaktion

Auf einer großen Demo forderten laut Veranstalter 7000 Demonstranten eine Rücknahme der geplanten Kürzungen im Bildungsbereich. Insbesondere die Schulen in freier Trägerschaft waren vertreten, die es nach den Plänen der Regierung besonders hart trifft. Anlass waren die Haushaltsberatungen im Parlament.

<http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/572470/>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12163636/60889/Freie-Schulen-im-Umland-fordern-auf-Demo-in.html>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12163609/62249/>

Bildungsministerin in Falkensee

Veröffentlicht am 8.09.2011 durch Redaktion

Frau Münch informiert sich vor Ort in Falkensee über die Bedingungen zur Inklusion. Dabei wird sie nicht zum ersten Mal damit konfrontiert, dass immer noch Förderressourcen für Vertretungszwecke missbraucht werden. Außerdem erfährt sie, dass die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für die Kommune auch eine finanzielle Herausforderung ist.

Mehr hier

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12168480/61759/Hilferuf-aus-der-Oberschule-Falkensee-SPD-lud-zu.html>

“Lise wird 20”

Veröffentlicht am 17.09.2011 durch Redaktion

Zu den Feiern rund um das Jubiläum gibt das Lise-Meitner-Gymnasium ein Buch heraus, das hier vorgestellt wird:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12175298/61759/Mit-dem-Meitner-Gymnasium-wurde-ab-in-Falkensee.html>

Gemeinsames Lernen von 1. bis 10. Klasse?

Veröffentlicht am 17.09.2011 durch Redaktion

In der Elternschaft wird immer wieder gemeinsames Lernen von 1. bis 10. Klasse gefordert. Das in der Politik durchzusetzen, wird sicherlich ein langer Weg. Erste Schritte unternehmen deshalb einige Schulen selbständig vor Ort. Das Konzept der Graf-Arco-Oberschule in Nauen geht dabei am weitesten. Doch auch die Kooperation der Grundschule “Am Wasserturm” mit dem benachbarten Marie-Curie-Gymnasium weist in die richtige Richtung. Hier ein Bericht aus Rathenow über die Kooperation von Jahngrundschule und Jahn-Gymnasium.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12175243/61759/Jahngymnasium-und-Jahngrundschule-kooperieren-in-der-Begabtenfoerderung-Doppelte.html>

Aktivpark für Sinneswahrnehmung

Veröffentlicht am 18.09.2011 durch Redaktion

Die Diesterweg-Grundschule in Falkensee ging bei der Integration von Behinderten voran. Der Aktivpark für Sinneswahrnehmungen ergänzt nun das Ganztagskonzept. Weitere Anschaffungen zur Förderung der Motorik sind geplant.

<http://www.die-mark-online.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/976348/>

37600 für ‘Schule in Freiheit’, Klage droht

Veröffentlicht am 30.09.2011 durch Redaktion

Von der Volksinitiative ‘Schule in Freiheit’ wurden statt der erforderlichen 20.000 Unterschriften insgesamt 37.600 übergeben.

Damit war die Initiative erfolgreich und das Parlament wird sich erneut mit den Themen Autonomie der Schulen und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft befassen.

Hier der Bericht der Initiative:

<http://www.schule-in-freiheit.de/aktuell0.html>

Inzwischen gibt es auch eine Verfassungsklage gegen die Kürzungen:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12198256/2242247/Studie-Kuerzung-bei-freien-Schulen-verfassungswidrig-Dem-Land.html>

Berlin: JüL-”light” in jeder fünften Grundschule

Veröffentlicht am 19.10.2011 durch Redaktion

Die Anträge von 67 Berliner Grundschulen (ca. 20%), JüL (Jahrgangsübergreifendes Lernen) durch ein anderes System zu ersetzen, wurden jetzt genehmigt. Dadurch entsteht jetzt eine Vielfalt von Lösungen, mehr Flexibilität in den ersten Klassen zu schaffen.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/fast-70-schulen-duerfen-juel-abschaffen/5221646.html>

Zeitungsfrühstück an der GS Dallgow

Veröffentlicht am 19.10.2011 durch Redaktion

Die Grundschule “Am Wasserturm” in Dallgow-Döberitz erhält immer wieder Preise für gute Schülerzeitungen. Jetzt machen die Schüler es einmal anders: sie ‘verfrühstücken’ die MAZ.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12197683/61759/Auftakt-fuer-Aktion-Zeitungsflirt-Dallgower-Grundschueler-deckten-den.html>

Neuer Vorsitzender im Kreiselternrat

Veröffentlicht am 20.10.2011 durch Redaktion

Der Kreiselternrat (KER) Havelland hat am 18.10.2011 einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist Burkhard Meyer zu Natrup (Oberschule und Kantschule Falkensee), assistiert von der Stellvertreterin Christiane Lewandowski (MCG) und den Stellvertretern Peter Lorenz (Förderschule Markee) und Wolfgang Seelbach (LMG).

Gutachten zur Inklusion veröffentlicht

Veröffentlicht am 29.10.2011 durch Redaktion

[Gutachten von Ulf Preuß-Lausitz](#), das die Landtagsfraktion B90/Grüne beauftragt hatte

Hier das Presseecho:

[MAZ](#)

[pnn](#)

Kreisschulbeirat HVL: neue Wahlperiode

Veröffentlicht am 2.11.2011 durch Redaktion

Am Abend des 1.11.2011 hat sich der Kreisschulbeirat Havelland (KSB HVL) turnusmäßig für die nächsten zwei Jahre neu konstituiert.

Als Vorsitzender wurde Herr Seelbach (Elternvertreter) wiedergewählt, der auch schon die letzten beiden Jahre das Mitwirkungs-gremium geleitet hat. Die beiden Stellvertreter Frau Bialek (Schülervertreter) und Herr Schröder (Lehrervertreter) sind neu im Gremium und bilden zusammen mit dem Vorsitzenden den Vorstand. Alle Wahlen verliefen einstimmig. Der KSB HVL setzt sich paritätisch aus Vertretern der Kreisräte der Schüler, Lehrer und Eltern zusammen.

Die nächste Sitzung findet am 7.2.2012 um 18:30h in Nauen (OSZ) statt.

Geplante Themen der nächsten Sitzungen:

- Integration bzw. Inklusion vor Ort
- Berufliche Bildung im Havelland und Brandenburg
- Übergang Kita-Grundschule (insbesondere Sport)
- Zunahme von kognitiven Vergleichsarbeiten
- Zusammenarbeit von Lehrkräften im Unterricht

Bildungspaket: kaum Anträge für Nachhilfe

Veröffentlicht am 4.11.2011 durch Redaktion

Als im vergangenen Sommer im Sozialausschuss des Kreises Havelland das Thema Bildungspaket auf der Tagesordnung stand, war erfreuerlicherweise von deutlich steigenden Antragszahlen die Rede. Dennoch beklagte der Sozialdezernent Wolfgang Gall den unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand. Weder damals noch heute kann das Amt die Frage beantworten, wieviel der 4200 Berechtigten einen oder mehr Anträge gestellt haben. Die Zahl der Anträge beläuft sich inzwischen auf 3200. Die Zahl der Antragsteller ist unbekannt, sie muss geringer sein, denn man kann mehrere Anträge stellen.

Nach neuen Informationen des Jobcenters Havelland, die in der MAZ veröffentlicht wurden, verteilen sich die bisher eingegangenen 3200 Anträge wie folgt:

50% für Mittagessen

22% für Klassenfahrten und Ausflüge

19% für Vereine ("10€-Erlass") und

2% für Nachhilfe.

Nur 75 der 4200 Berechtigten haben Nachhilfe beantragt!

Hier die vollständige Analyse des Antragsverhaltens zum Bildungspaket im Havelland von Jana Einecke:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12210017/61759/Vereine-stellen-geringes-Interesse-am-Bildungspaket-fest-Hoher.html>

CDU HVL: Inklusion langsamer!

Veröffentlicht am 8.11.2011 durch Redaktion

Die CDU HVL will Inklusion zum Schwerpunktthema ihrer Politik machen und fordert, dass die vollständige Integration der Schüler mit Förderbedarf 'Lernen' auf 15 bis 20 Jahre gestreckt wird.

Die Regierung plant, ab 2015 schrittweise Jahrgang für Jahrgang die Lernbehinderten in Regelklassen zu integrieren. Damit wäre der Prozess in knapp 10 Jahren abgeschlossen. Ein Maßnahmenpaket wird zurzeit in Gremien und Verbänden diskutiert und soll am 3. Dezember vorgelegt werden.

Die Forderungen der Mitwirkungsgruppen u.a. sind auf dieser Internetseite dokumentiert und unter dem Stichwort "Inklusion" zu finden.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12211249/61759/Lewandowski-informiert-Kreispartei-CDU-kritisiert-Tempo-bei-Inklusion.html>

Inklusionstagung des Pädagogen-Verbandes

Veröffentlicht am 12.11.2011 durch Redaktion

Bericht von der Fachtagung Inklusion des Brandenburgischen Pädagogen-Verbandes am 9.11.2011 in Potsdam

Seit den Ankündigungen der Bildungsministerin Frau Münch im Frühjahr 2011, den Prozess der Integration und Inklusion an den Schulen zu verstärken und insbesondere Schüler mit Förderbedarf Lernen vollständig in die Regelklassen zu integrieren, begann eine lebhaftere Debatte. Nach den Regionalkonferenzen und den Fachtagungen im LISUM, die vom MBS organisiert wurden, hat jetzt der Brandenburgische Pädagogen-Verband (Mitglied im VBE, Verband Bildung und Erziehung) zum ersten Mal zu einer Inklusionstagung „von Lehrern für Lehrer“ eingeladen, wie die Organisatorin Christina Adler sich ausdrückte.

Dass es hier nicht nur um Protest gehen soll, bewies Christina Adler gleich zu Beginn. Ihre Klasse führte zunächst ein Herbstlied konventionell im Chor auf und dann differenziert mit unterschiedlichen Instrumenten. Diese „echt inklusive Klasse“, in der neben diversen Förderbedarfen und Teilleistungsstörungen auch Anwärter auf die LuB-Klassen vertreten sind, demonstrierte anschaulich Inklusion live.

In einer „Vorlesung“ stellte die Hochschullehrerin und Vorsitzende des Fachverbands Sonderpädagogik Frau Salzberg-Ludwig klar, dass Inklusion nicht erst seit der Ratifizierung der bekannten UN-Behindertenrechtskonvention im Gespräch ist. **Entstanden ist der pädagogische Begriff Inklusion schon 1994** auf dem UNESCO Kongress, der das wegweisende „**Salamanca Statement** on Special Needs Education“ beschlossen hat. Die Ratifizierung der UN-Konvention von 2006 durch Deutschland im Jahre 2008 hat das Thema einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Artikel 24 ist eindeutig, er verlangt „full and effective participation and inclusion in society“.

Inklusion kann nicht einfach per Dekret umgesetzt werden. Frau Salzberg-Ludwig empfiehlt den Lehrkräften „3 Schritte“:

1. Akzeptanz der Besonderheiten aller Kinder und Jugendlichen, auch wenn sie beeinträchtigt oder behindert sind, im Sinne eines humanistischen Menschenbildes
 2. Aneignung von Handlungskompetenzen zur Diagnostik, Unterstützung und individuelle Begleitung von Lernprozessen und zur Gestaltung kooperativer Beratungsprozesse
- Auf dieser Grundlage kann dann auch der 3. Schritt -Teamarbeit leben und gestalten – gelingen.

Der Nachmittag stand ganz im Zeichen des Vortrages von Professor Wocken, zurzeit in ganz Deutschland als „Papst“ der Inklusion ein vielgefragter Referent. Mit einfachen Beispielen und Argumenten stellte er die Notwendigkeit inklusiven Unterrichts dar.

Die ‚Hilfsschulen‘ stellten bei ihrer Gründung vor über 100 Jahren einen gesellschaftlichen Fortschritt dar. Sie hatten eine integrative Aufgabe zur Vorbereitung auf das Arbeitsleben und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bis dahin wurden Behinderte gar nicht beschult – so wie übrigens heute noch 90% der behinderten Kinder weltweit. Die Gesellschaft hat sich weiter entwickelt und Chancengerechtigkeit, Integration und Teilhabe sind über das gemeinsame Lernen zu erreichen, Exclusion und Segregation behindern den Prozess.

Dabei beruft sich Prof. Wocken auch auf ein Leitmotiv von Richard von Weizsäcker:
„Es ist normal, verschieden zu sein.“

Den Lehrkräften gab Herr Wocken noch eine Reihe von Definitionen mit:

- o Abgrenzung zur Integration: Inklusion ist gemeinsamer und differentieller Unterricht in gemischten Lerngruppen in einer Schule für alle
- o inklusive Schule mit Zieldifferenz, Vielfalt der Lernwege und keinen Noten mehr
- o inklusives Bildungssystem mit Regelsystem (LES) und Unterstützungssystem (spezielle Behinderungen).

Hilfreich für Schule und Weiterbildung war auch seine Kurzfassung der kooperativen Lernmethode, die er mit den 200 Anwesenden gleich durchführte:

Think – Pair – Share bedeutet:

1. Think: Nachdenken über das Problem unbedingt in Einzelarbeit
 2. Pair: Aussprache über das Problem in Partnerarbeit
 3. Share: Darstellung des Erarbeiteten bzw. der Lösung vor dem Plenum oder einer Gruppe
- Eine besondere Form der Methode ist das Gruppenpuzzle, das immer mehr Eingang in den Schulalltag findet. Die Weitervermittlung von Wissen ist vor allem für den Lehrenden effektiv. Das hat schon Pestalozzi erkannt: **„Erklären macht schlau!“** Aus diesem aber auch aus anderen, z. B. demografischen Gründen hält Herr Wocken die Überwindung des mehrgliedrigen Schulsystems durch eine Gemeinschaftsschule für dringend geboten.

Die Tagung fand ihren Abschluss in einer Podiumsdiskussion, in der Politiker verschiedener Parteien auf Fragen aus dem Publikum antworteten. Dabei wurde deutlich, dass die Lehrkräfte durchaus offen für mehr Integration und Inklusion sind, sich aber von der Regierung alleingelassen fühlen. Ohne ausreichende Unterstützung in sächlicher und personeller Hinsicht ist diese notwendige Reform nicht zu schaffen.

Außerdem wurde deutlich, dass auch die bestehende Gliederung des Schulsystems dem pädagogischen Aspekt der Inklusion entgegensteht.

Wolfgang Seelbach

siehe auch www.hans-wocken.de

CDU-Parteitag: Rückschritt beim Schulkonsens

Veröffentlicht am 16.11.2011 durch Redaktion

Die CDU hat auf ihrem Parteitag in Leipzig die Positionierung zum 2-Wege-Modell aus Gymnasium und Oberschule offenbar stark abgeschwächt. Jetzt ist nach Presseberichten nur noch davon die Rede, dass sich die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule “als sehr leistungsfähig erwiesen” (MAZ 16.11. S.3) habe. Das 2-Wege-Modell wird nur noch als Empfehlung, nicht mehr als Ziel formuliert.

Hier der ursprüngliche Antrag des Vorstands für den Parteitag, der auch schon ein Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern des 2-Wege-Modells war:
“Derzeit haben wir zu viele Schulformen, die Eltern, Schüler und Lehrer gleichermaßen verwirren, die Vergleichbarkeit innerhalb und zwischen den Ländern erschwert und die Mobilität behindert.

Ständige Schulstrukturänderungen, je nach Land und Partei, lichten dieses Dickicht nicht. Deshalb treten wir für eine Reduzierung der Schulformen und die Einführung des Zwei-Wege-Modells in allen Ländern ein: Gymnasium und Oberschule. Neben dem Gymnasium ist die Oberschule ein weiterer und gleichwertiger Bildungsweg, der Hauptschul- und Realschulgang miteinander verbindet. Er ermöglicht beide Bildungswege und -abschlüsse und öffnet einen Weg entweder in die berufliche Bildung oder zur allgemeinen Hochschulreife. Daneben respektieren wir integrative Systeme und funktionierende Haupt- und Realschulen vor Ort, wo dies dem Elternwillen entspricht.”

Quelle:

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/Antrag-Bildungsrepublik-Deutschland.pdf>

Siehe auch:

<http://www.bildungsverteiler.de/2011/07/schulkonsens-hurrelmann-empfehl-cdu-2-wege-modell/>

<http://www.sueddeutsche.de/karriere/parteitag-in-leipzig-cdu-favorisiert-zweiggliedriges-schulsystem-1.1189797>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,796903,00.html>

Ein lesenswerter Artikel zur Hauptschule in der “Berliner Bildung”, neue Zeitung des Berliner Senats:

http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bwf/wir_ueber_uns/berlinerbildung_web.pdf?start&ts=1318587823&file=berlinerbildung_web.pdf

Landeselternrat positioniert sich zu Inklusion

Veröffentlicht am 21.11.2011 durch Redaktion

Der Landeselternrat Brandenburg hat sich in den letzten Monaten mehrmals des Themas angenommen und dabei nicht nur Vertreter des Ministeriums, sondern auch die Berichte von an der Umsetzung Beteiligten einbezogen. Am 22. 10. wurde schließlich eine Erklärung verabschiedet, die als Pressemitteilung versandt wurde. Hier der Text der PM:

“Falkensee, den 24.10.2011

Forderungen des Landeselternrates zur Inklusion

Inklusiver Unterricht beinhaltet über die Integration hinaus auch die individuelle Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers. Volle und wirksame gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erreichen wir nur, wenn wir schon in Kindheit und Jugend miteinander leben, insbesondere in Kita und Schule. Gemeinsames Aufwachsen und Lernen trägt nicht nur für Kinder mit Förderbedarf Früchte, sondern fördert die soziale Kompetenz aller Kinder in besonderem Maße und muss für alle Schüler zu einem höheren Bildungsniveau führen.

Das Ziel der Landesregierung, in großem Umfang inklusiven Unterricht einzuführen und

schrittweise Förderschulen zu reduzieren und zu schließen, kann nur gelingen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind.

- Inklusive Klassen dürfen nicht mehr als 22 Schüler haben.
- Die Lehrkraft muss durch sonderpädagogische Begleitung im Unterricht unterstützt werden.
- Förderressourcen dürfen nicht für Vertretungsunterricht missbraucht werden. Die Vertretungsreserve vor Ort ist zu erhöhen.
- Inklusion setzt ein hohes Maß an selbstständigem und kooperativem Unterricht voraus. Der Anteil des jetzt vorherrschenden Frontalunterrichtes muss deutlich verringert werden.
- Die von der Landesregierung angekündigte Fortbildungsoffensive wird nur dann nachhaltig sein, wenn die Lehrkräfte ihre neuen Kompetenzen in Teams umsetzen- Ohne Jahrgangs- oder andere Teams funktioniert die notwendige Revolution der Pädagogik nicht.
- Die Förderschulen sollen als Partner in den Prozess einbezogen werden.
- Für Schülerinnen und Schüler, die in einer inklusiven Regelklasse nicht ausreichend gefördert werden können, sind individuelle Lösungen zu finden.
- Es müssen wieder Sonderpädagogen an der Universität ausgebildet werden.
- Die umfassende Aufklärung und Einbeziehung der Gesellschaft in den Prozess der Inklusion ist unbedingt erforderlich.

Christine Schaade
(Sprecherin des LER)''

Landeselternrat: Neuer Vorstand

Veröffentlicht am 21.11.2011 durch Redaktion

Am Samstag, dem 19.11.2011, hat der Landeselternrat turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt.

Neuer Sprecher ist Wolfgang Seelbach (Havelland).

Weitere Vorstandsmitglieder: Sigrid Bartholomé (Uckermark), Silke Löwe (Elbe-Elster), Torsten Gärtner (Uckermark), Jörg Hoffendahl (Barnim).

siehe auch <http://www.die-mark-online.de/heimat/falkensee/falkensee-artikel/dg/0/1/997925/>
und

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12229587/61759/Der-Dallgower-Wolfgang-Seelbach-ist-neuer-Vorsitzender-des.html>

<http://www.landesrat-der-eltern-brandenburg.de/>

Grüner Salon F'see: "Schule der Vielfalt"

Veröffentlicht am 24.11.2011 durch Redaktion

Bericht vom Grünen Salon zur Inklusion

Am 23.11.2011 hatte die Heinrich Böll Stiftung zum "Grünen Salon" ins Bürgerhaus Falkensee eingeladen. Wie sehr das Thema Fachleute und Eltern zurzeit bewegt, zeigte sich an der regen Teilnahme. In dem bis zum letzten Platz gefüllten Raum schilderte Hansjörg Behrendt, Schulleiter der Regine Hildebrandt Oberschule in Birkenwerder (Integrierte und kooperative Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe), anschaulich die erfolgreiche Umsetzung von Integration und Inklusion an seiner Schule. Er berichtete, wie aus einer Förderschule für Körperhinderte eine erfolgreiche und übernachgefragte Gesamtschule wurde und machte an Fallbeispielen deutlich, wie auch schwestmehrfachbehinderte Kinder erfolgreich integriert werden können. Dabei ging er auch auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen Integration und Inklusion in der Pädagogik ein und erläuterte die verschiedenen Stufen von Ausgrenzung und Teilhabe.

In der anschließenden Diskussion, die von Dorothea Staiger und Wolfgang Seelbach moderiert wurde, meldeten sich insbesondere Teilnehmer, die selbst eine Behinderung haben, und Menschen, die beruflich mit Behinderten arbeiten, zu Wort.

Eine gehörlose Teilnehmerin begrüßte es, dass es heute Möglichkeiten gibt, auch Gehörlose zu integrieren. Voraussetzung sei für sie, dass die Kinder an der Regelschule auch die Gebärdensprache erlernen könnten. Sie selbst musste als Kind ein Internat besuchen und hat trotz guter Förderung die frühe Trennung von ihrer Familie/Heimat als schmerzhaft empfunden.

Sille Boll ist eine Sonderschullehrerin, die selber einen Rollstuhl benutzt. Sie berichtete, dass sie als Kind im Rollstuhl eine "normale" Schule besucht habe, die integrative Sonderbehandlung mit gewissen Privilegien aber als unangenehm und ausgrenzend wahrgenommen habe. So durfte sie in den Pausen im Schulgebäude bleiben, während die anderen nach draußen gingen. Sie befürwortet deshalb den inklusiven Ansatz, der alle als Individuen betrachtet und keine klare Trennung zwischen behindert und nichtbehindert macht.

"Integration von körperbehinderten SchülerInnen gibt es schon seit 40 Jahren und ist eigentlich nichts Neues. Ich denke, dass es für die Schule in Birkenwerder ein echter Glücksfall war, dass es dort so viele behinderte SchülerInnen gibt. Das hat der Schule Visionen und eine hohe Arbeitszufriedenheit beschert."

Herr Rhinow, ehemaliger Leiter des Verbandes der Sehgeschädigten verwies darauf, dass die angekündigte pauschale Schließung von Förderschulen nicht hinnehmbar sei. In Potsdam sollten wieder dringend Sonderpädagogen ausgebildet werden.

Herr Behrendt unterstützte die Forderung nach Wiederaufnahme der Ausbildung von Sonderpädagogen, denn diese würden auch an den Regelschulen dringend benötigt.

Frau Lehmann, ehemalige Lehrerin an der Regine Hildebrandt Schule, betonte, dass es bei Mehrfachbehinderten auch gute Erfahrungen mit Kooperationsklassen gebe.

Ein Vater wandte sich gegen die Aussonderung von Lernbehinderten aus den Grundschulen, die aus seiner Erfahrung heraus häufig nicht gerechtfertigt sei. Die Schüler an Förderschulen hätten kaum eine Chance auf einen anerkannten Schulabschluss (Hauptschulabschluss).

Michael Hornhardt vom Landesbildungsausschuss der CDU war gekommen, "hauptsächlich um zuzuhören". Er berichtete, dass es zurzeit in der CDU eine intensive Diskussion über Integration, Inklusion und Schulformen gebe. Herr Lewandowski habe sich dazu ja schon in der Öffentlichkeit als Kritiker exponiert. Aus seiner Sicht ist das Inklusionsmodell in vielen Fällen sinnvoll, die Finanzierung aber fraglich.

Die Leiterin der Oberschule Falkensee, Frau Bachmann, verwies darauf, dass die Kinder an den Oberschulen auch unabhängig vom diagnostizierten Förderbedarf unterschiedlichste Probleme hätten. Die Lehrkräfte würden soweit möglich auf die individuellen Voraussetzungen eingehen. Aber man könne nicht sagen, dass alles gut läuft. Angesichts der Ressourcen sind der Inklusion Grenzen gesetzt. Den Oberschulen fehlen die leistungsstarken Schüler, die die anderen mitziehen. Sie stellte die Frage, ob man sich Inklusion vorstellen kann, so lange wir die Gliedrigkeit in der Schulstruktur haben. Herr Behrendt verneinte die Frage mit der Begründung, dass die Gymnasien den anderen Schulen die leistungsstarken Schüler wegnehmen. Er befürchtet, dass sich die Oberschule zu einer Restschule wie die Hauptschule entwickelt.

An den Beitrag der Oberschulleiterin knüpfte Wolfgang Seelbach an. Die Schülerzahlen der Oberschule haben sich seit der Schulreform 2005 im Havelland nahezu halbiert. Die Oberschule müsse aufgewertet werden. Trotz des Engagements der Lehrkräfte wird sie kaum noch angewählt und rekrutiert sich zum großen Teil aus woanders abgewiesenen Schülern. Im ausgedünnten ländlichen Raum sei angesichts der unzumutbaren Schulwege eine „Schule für alle“ unabwendbar, die alle Abschlüsse anbietet. Auch im berlinnahen Verdichtungsraum könne man sofort mit Inklusion beginnen – aber mit einer akzeptierten Schule, die einen 13-jährigen Weg zum Abi anbietet.

Abschließend verwies Dorothea Staiger, B90/Grüne, auf die Studie von Ulf Preuß-Lausitz, die auch auf die Finanzierungsfrage eingeht. Die freiwerdenden Ressourcen der Förderschulen reichen weitgehend aus, um die Inklusion in den Integrationsklassen zu realisieren.

[siehe auch den Artikel in der MAZ](#)

Zuwendung oder Strenge? Am besten beides!

Veröffentlicht am 1.12.2011 durch Redaktion

Das Thema wird auf Elternstammtischen diskutiert, seitdem es Schulen gibt. Jetzt ist die Lösung gefunden: Das muss kein Widerspruch sein, denn gute Schulen und gute Lehrer praktizieren beides.

Ralf Krüger, preisgekrönter "bester Lehrer" bringt es auf den Punkt:

Es muss ein "Gleichgewicht zwischen Freiraum und Konsequenz geben – und konstante Zuwendung."

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/auf-den-lehrer-kommt-es-an/5906364.html>

HVL Spitze bei Integration

Veröffentlicht am 1.12.2011 durch Redaktion

Das Havelland nimmt landesweit einen Spitzenplatz bei der Integration behinderter Schüler ein.

Alle Kinder mit den Förderbedarfen emotional-soziale Entwicklung, Sprache, Körperliche Entwicklung, Sehen und Hören sind an Regelschulen integriert.

Bei den Lernbehinderten sind 41%, beim Förderbedarf Geistige Entwicklung sind 12,6% der Schüler integriert.

Quelle:

Gutachten des Bildungsforschers Ulf Preuß-Lausitz, das zurzeit auf den Sitzungen des Runden Tisch Inklusion diskutiert wird. Es enthält wichtige Anregungen für das Bildungsministerium zur weiteren Umsetzung der inklusiven Schulentwicklung.

<http://gruenlink.de/4bk/>

Schulbus lässt Kinder stehen!

Veröffentlicht am 7.12.2011 durch Redaktion

Das Thema wird auf der nächsten Sitzung des Kreischulbeirats HVL besprochen. Stellungnahme von Havelbus ist nachgefragt.

Leserbrief von Simone Gablunsky, einer empörten Mutter:

“Überfüllte Schulbusse – Kinder werden nicht mitgenommen
Ich bitte öffentlich um Hilfe.

Schon wieder! „Der erste Bus ist an uns vorbei gefahren und in den zweiten habe ich nicht hinein gepasst.“ (Das Kind, das, nachdem es diesen Satz gesprochen hat, zu spät zur Schule kommen wird, ist nicht etwa von beträchtlichem Leibesumfang, sondern ziemlich dünn.)

Unser ältester Sohn besucht das Lise-Meitner-Gymnasium Falkensee seit der 5. Klasse, er genießt die Freuden der Schülerbeförderung schon im fünften Jahr. Frischlinge auf dem Terrain „Abenteuer Schulweg“ sind unsere beiden Siebtklässler, nun ebenfalls Schüler am LMG.

Wir wohnen am Ortseingang von Brieselang, unsere Schulbushaltestelle ist die Haltestelle Waldcafé, Busnummer 656. Eigentlich eine bequeme Angelegenheit: Nicht weit vom Elternhaus entfernt steigen die Kinder in den Bus, ein paar Meter von der Schule entfernt steigen sie wieder aus. Gerade in der dunklen, kalten und nassen Jahreszeit gefällt mir diese Situation gut. Unser Großer jedoch bevorzugt schon lange die sportlichere aber unbequeme Variante: „Der Bus ist immer knackevoll, es macht wirklich keinen Spaß auf einem Bein

stehend mit einer Mappe im Gesicht Bus zu fahren. Und müsste bei Überlandfahrten nicht jeder einen Sitzplatz haben und angeschnallt sein?“

Also fährt er mit dem Rad zum Bahnhof, fährt mit dem Zug nach Falkensee und dort wieder weiter mit dem Rad zur Schule. Bis vor einigen Monaten wurde das Mitnehmen der Fahrräder von der Bahn toleriert. Der Sortplatz des LMG befindet sich nicht in Schulnähe, so dass die Schüler ihre Räder sowieso zweimal die Woche zum Sportunterricht mitnehmen müssen. Doch schon Ende des letzten Schuljahres gab es Ärger, die Kinder mussten eine gültige Fahrradkarte vorweisen. Die Monatskarte für das Fahrrad kostet 18 Euro.

Unser jüngerer Sohn hat sich nach entsprechenden Erfahrungen beim Schulbusfahren recht schnell ebenfalls für diese Variante entschieden. Nochmal 18 Euro. Nur unsere elfjährige Tochter war in Sachen Schulweg wankelmütig. Hatte sie an dem Tag Sportunterricht nutzte sie die Rad – Bahn – Rad – Variante (Einzelfahrausweis Fahrrad 2,80 Euro, bitte nicht beim Schaffner lösen, sonst muss ein Aufschlag gezahlt werden), ansonsten quetschte sie sich in den Bus.

Bis dann eines Tages: „Ich fahre nicht mehr mit dem Bus, ich habe Angst, dass ich nicht raus komme. Der Busfahrer wollte mich auf dem Rückweg nicht aussteigen lassen, weil ich nicht zur hinteren Tür durchkam und vorne auszusteigen verboten ist.“ Monatskarte Fahrrad: 18 Euro zum dritten.

Fahrräder haben manchmal einen Platten (es sind halt Kinder, und Bordsteinkanten und schlechte Wege sind nicht gut für die Räder), dann ist Busfahren angesagt. Tochter: „Der Bus ist an mir vorbei gefahren, er hat gar nicht erst angehalten.“ Der nächste zu erreichende Zug fährt um 8:00 Uhr, also große Verspätung zum Unterricht.

Heute hatte Sohn Nummer zwei einen Platten, er bat seine Schwester, mit ihm Bus zu fahren (!). Der Bus nach Dallgow kommt meist vor dem Bus zum LMG, die Kinder wollten sicherheitshalber bis zum Haveleck vorfahren und dann umsteigen. Aber: „Der erste Bus ist an uns vorbei gefahren und in den zweiten habe ich nicht hinein gepasst.“ Der nächste zu erreichende Zug fährt um 8:00 Uhr, also große Verspätung zum Unterricht.

Ich schreibe diesen Brief öffentlich aus verschiedenen Gründen: Als meine Tochter den Bus an sich vorbei rauschen sah, versuchte ich, telefonisch in Erfahrung zu bringen, an wen ich mich mit dieser Problematik wenden müsse. Man versprach einen Rückruf... Ich warte noch immer...

Nach dem heutigen Ereignis habe ich die Internetseite von Havelbus durchforstet, es wird auf den Eigentümer des kommunalen Unternehmens Havelbus verwiesen, den Landkreis Havelland. Ein Klick und ich bin beim Landkreis Havelland. Hier jedoch: Sackgasse. (Vielleicht bin ich als notorischer Mundhalter einfach nur ungeschickt, was das Auffinden der entsprechenden Stelle für Beschwerden angeht.)

Ich weiß, dass meine Kinder nicht die einzigen Fahrgäste sind, die nicht in die Busse „passen“. Unsere Kinder nutzen subventionierte Schülermonatskarten, unsere Tochter fährt als drittes Kind der Familie sogar kostenfrei zur Schule. Das finde ich großartig und ich bin dankbar dafür. Allerdings scheint man das Geld für diese Subventionen beim Einsatz der Busse zu sparen. So zahlen wir zusätzlich zu den Schülermonatskarten 54 Euro monatlich für die Fahrräder. Großartig! Danke!

Sehr viele brieselanger Schüler fahren mit Rad und Zug zur Schule. Aber wie wird das im Winter sein? Wieviele Schüler müssen an den Bushaltestellen stehen gelassen werden, damit ein weiterer Bus eingesetzt wird (der Winter steht vor der Tür!)? Und bis dahin: Könnten Bahn und Havelbus / Landkreis Havelland eine Toleranz-Absprache treffen, damit die Schüler ihre Fahrräder wieder frei oder wenigstens ermäßigt mitnehmen können? Denn so sind die Subventionen für die Katz'!

Ich bitte alle betroffenen Fahrgäste, Schüler, Eltern: Schließt Euch unserer Forderung nach mehr Bussen bzw. Toleranz an. Oder ergänzt unsere Forderung, formuliert sie anders – aber macht bitte den Mund auf.

Ich bitte die Politiker (ein großes Hallo an Bürger für Brieselang, Ihr kennt dieses Thema): Lasst uns nicht im Stich. Wie kann es sein, dass der Schulweg der Kinder nicht gesichert ist? Wie kann es sein, dass meine Kinder (und nicht nur die) regelmäßig den Schulbus, für den sie gültige subventionierte Schülertickets haben, an sich vorbei fahren sehen und viel zu spät zum Unterricht kommen?

Simone Gablunsky
stinkesaure Mutter aus Brieselang”

Artikel in der MAZ:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12243225/61759/Schueler-und-Eltern-aus-Brieselang-klagen-ueber-die.html>

LER zu Maßnahmen für Behinderte

Veröffentlicht am 8.12.2011 durch Redaktion

Das Maßnahmenpaket der Landesregierung wurde schon seit Monaten mit Verbänden und Gremien diskutiert, die Veröffentlichung mehrfach verschoben. Er enthält auch einen ausführlichen Bildungsteil.

Den Text finden Sie [hier](#).

Pressemeldungen:

[MAZ](#)

[pnn](#)

“Stellungnahme des Landesrates der Eltern Brandenburg (LER) zum behindertenpolitischen Maßnahmenpaket der Landesregierung

Zusammenfassung:

Der LER begrüßt, dass einige wichtige Forderungen der Elternschaft berücksichtigt sind, wie Qualifizierung der Lehrkräfte, Information der Eltern, Wiederaufnahme der sonderpädagogischen Ausbildung an der Uni Potsdam.

Keine zufriedenstellende Antwort hat das Ministerium bisher darauf gegeben, wie vor Ort verhindert werden kann, dass immer wieder Förderstunden für Vertretung missbraucht werden. Auch der Ersatz von langfristig erkrankten Sonderpädagogen ist ein Problem.

Die Maßnahmen sind teilweise unkonkret und unscharf formuliert, Ziele und Maßnahmen sind nicht ausreichend abgegrenzt. Wir werden die Umsetzung weiterhin kritisch begleiten.

Am 29.11.2011 hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie ein schon vor Monaten angekündigtes Maßnahmenpaket zur Behindertenpolitik vorgestellt. Es enthält auch Ziele und Maßnahmen zur inklusiven Bildung, die ein Vertreter des MBS im Oktober mit dem Landeselternrat vordiskutiert hatte.

Der Landeselternrat begrüßt es, dass in diesem Zusammenhang in den Erklärungen der Bildungsministerin nicht mehr die finanziellen Kürzungen und das Schließen von Förderschulen im Vordergrund stehen. Das hatte in den letzten Monaten immer wieder zu Protesten von Verbänden, Gewerkschaften und Mitwirkungsgruppen geführt.

Stattdessen plant das MBS „den sukzessiven Ausbau des gemeinsamen Unterrichts in Grundschulen und weiterführenden Schulen für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf „Lernen“, „soziale-emotionale Entwicklung“, „Sprache“ (LES); Zugleich Stärkung sozialer und kognitiver Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler“. (S.17)

Im Maßnahmenpaket und den aktuellen Verlautbarungen des MBS sind einige Forderungen des Landeselternrates zumindest teilweise berücksichtigt:

- „umfangreiche Qualifikationsmaßnahmen“ für die Lehrkräfte (S.15),
- „Aufklärung und Information“ der Eltern (S.19),
- Wiederaufnahme der sonderpädagogischen Ausbildung an der Uni Potsdam.

Für neue Klassen an Pilotschulen sind ab nächstem Schuljahr 2012/13 folgende Regelungen vorgesehen:

- Richtfrequenzen von 23, maximal 25 Schülern pro Klasse
- Basisausstattung für LES – Förderdiagnostik:

5% der Schüler * 3,5 Lehrerwochenstunden (LWS), im Gegenzug kein Förderausschussverfahren LES mehr.

Diese Ausstattung wird nach unseren Schätzungen voraussichtlich für den überwiegenden Teil der Pilotschulen eine Verbesserung bedeuten.

Sollten Schulen sich durch diese pauschale Zuweisung verschlechtern, fordern wir einen entsprechenden Ausgleich.

Keine zufriedenstellende Antwort hat das Ministerium bisher darauf gegeben, wie vor Ort verhindert werden kann, dass immer wieder Förderressourcen für Vertretung missbraucht werden. Das Ministerium geht davon aus, dass die meisten Schulen nur in Ausnahmefällen auf Förderressourcen zurückgreifen. Das entspricht nicht unseren Erfahrungen. Deshalb hatten wir schon im Frühsommer eine entsprechende Verordnung gefordert, die nach Hinweisen aus dem MBS jetzt in Arbeit ist.

Auch der Ersatz von langfristig erkrankten Sonderpädagogen ist ein dringendes Problem. Das kann insbesondere an kleinen Schulen auch nicht durch Teams aufgefangen werden.

Das Maßnahmenpaket kommt spät, ist aber aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist an vielen Stellen noch unscharf, Ziele und Maßnahmen sind nicht ausreichend abgegrenzt. Eine Schlüsselrolle spielt die Qualifizierung der Lehrkräfte. Wir werden die Umsetzung weiterhin kritisch begleiten.“

75% für gemeinsames Lernen

Veröffentlicht am 9.12.2011 durch Redaktion

Eine aktuelle Befragung von Infratest belegt eine deutliche Zustimmung in der Bevölkerung für gemeinsames Lernen. Dabei befürworteten 75% gemeinsames Lernen in der Grundschule und 68% in den weiterführenden Schulen.

Eine große Mehrheit hält in diesem Zusammenhang das Absenken der Klassenfrequenzen für sinnvoll. Gleichzeitig sind jedoch 70% skeptisch und glauben nicht, dass die Politiker mehr Geld dafür ausgeben.

[Alle Ergebnisse der Befragung hier.](#)

14.12. Demo gegen Kürzungen bei der Bildung

Veröffentlicht am 10.12.2011 durch Redaktion

Ohne mehr Lehrer geht es nicht, das war das gemeinsame Credo von Freien und staatlichen Schulen auf einer Veranstaltung des "Bildungscamps".

siehe <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12238017/62249/Eltern-und-Schulen-sind-sich-einig-Gegen-Unterrichtsausfall.html>

Am 14.12. fanden in Potsdam zahlreiche Aktionen gegen die geplanten Kürzungen bei der Bildung statt. Anlass ist die Haushaltsverabschiedung am 15.12.

siehe dazu

<http://www.pnn.de/potsdam/605309/>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12241128/62249/Der-Beginn-der-Haushaltsdebatte-wurde-von-einem-lautstarken.html>

<http://www.vorsicht-frei-gestrichen.de/das-problem.html>

http://www.gew-brandenburg.info/Aktuelles.html?artikel_id=306

Reaktionen auf das Maßnahmenpaket

Veröffentlicht am 13.12.2011 durch Redaktion

Hier der Leserbrief von Wilfrid Seiring, ehemaliger Leiter des Landesschulamtes Berlin:

Betr.: „Die Stimme der Eltern“ von Oliver Fischer, MAZ vom 30.11.2011

Zu Recht verweist Oliver Fischer darauf, dass das Land beim Thema inklusive Schule in einigen Punkten vom ursprünglich rigiden Durchsetzungsplan abgewichen ist. Ob es allerdings „auf einem guten Weg zu einer Lösung“ ist, bleibt dahingestellt. Kürzlich hat die Kultusministerkonferenz erkannt, dass der Schlüssel dafür in der Verbesserung in den Kindergärten und den ersten Klassen liegt, weil es auf das möglichst frühzeitige Erkennen von Behinderungen ankommt und auf die entsprechenden sonderpädagogischen Hilfen, aber vor allem auch auf die sonderpädagogisch ausgebildeten Lehrer.

Doch bis die politisch gewollte Inklusion in den Schulen umgesetzt werden kann, könnten noch zehn Jahre vergehen, erklärte der KMK-Präsident Althusmann. Er sprach von einem „Marathonlauf“. Tatsächlich sind Lehrkräfte ohne Fortbildung damit überfordert, Schüler mit Behinderungen zu unterrichten. Sie werden zu Gegnern der Inklusion, wenn man ihnen nicht unbedingt Sozialpädagogen und Psychologen zur Seite stellt. Grundsätzlich ist für die Inklusionsumsetzung eine radikale Änderung in der Lehrerbildung erforderlich. Zum Beispiel plant Niedersachsen Grundschullehrer für die Fachrichtung Inklusion auszubilden; das gilt im Grunde auch für die Lehrer in den Oberschulen, die Inklusion als Zweitfach studieren könnten. Jenseits von Modellen in den Ländern müssten in ganz Deutschland 800 000 bereits im Schuldienst beschäftigte Lehrer so sofort ausgebildet werden, wenn auch sie erfolgreich mit Behinderten umgehen sollen.

Wenn man nicht zulassen will, dass Behinderte schlechter als gegenwärtig beschult werden sollen, dann sind auch bauliche und apparative Investitionen von beträchtlichem Umfang erforderlich.

Als ich 1975 die erste Integration Behinderter in der Oberschule erreichte, gelang es nur, weil die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden konnten, wozu auch eine Frequenzsenkung auf 22 Schüler gehörte. Dann, als die Finanzen fehlten, scheiterte das Unterfangen. Wer Inklusion bei unzureichenden Bedingungen vorschnell einführt, schafft Gegner; er muss einen lange wirkenden Rückschlag einkalkulieren.

Wilfried Seiring, Schönwalde

Angst vor Vielfalt?

Veröffentlicht am 22.12.2011 durch Redaktion

Prof. Helmke ist anerkannter Bildungsforscher und Berater der KMK. Im Interview mit der „ZEIT“ nimmt er zur aktuellen Bildungsdebatte Stellung und beklagt die gegenwärtig vorherrschende „Monokultur des Einheitsunterrichts“:

Hier einige seiner Thesen:

- Unterricht „im gleichen Tempo mit dem gleichen Material ... mit den gleichen Methoden und dem gleichen Ziel – das geht nicht mehr.“
- Die Lehrkräfte übernehmen sich, wenn sie „für jeden Schüler ein eigenes Lernpaket schnüren und dreißig Förderpläne erstellen“ wollen.
- Unterschiedlich schwierige Aufgaben und verschiedene Zeitvorgaben für die Schüler bringen schon viel.
- Dabei ist das vorhandene Material der Schulbuchverlage besser zu nutzen. Gleichzeitig hat

Deutschland bei der Erstellung von differenzierendem Unterrichtsmaterial aber noch Nachholbedarf.

- Umfassende Einzelbetreuung in großen Klassen ist unrealistisch und würde soziales Lernen verhindern.
- Kooperativer Unterricht ist nicht immer besser als Frontalunterricht. Die Lerngruppen müssen leistungsdurchmischte sein, Trittbrettfahrer sind zu vermeiden.
- „Bevor der Lehrer mit individualisiertem Unterricht beginnt, muss er wissen, wo die Potenziale und Grenzen seiner Schüler liegen.“

[Hier der Verweis](#)

Schulbusprobleme: Havelbus antwortet

Veröffentlicht am 23.12.2011 durch Redaktion

Hier die Stellungnahme von Havelbus auf die Beschwerden von Eltern über Busse, die überfüllt sind und manchmal ohne zu halten an den Kindern vorbeifahren:

„Sehr geehrte Frau Gablunsky,

vielen Dank für die Übermittlung Ihres Leserbriefes an die MAZ zum Schülerverkehr unserer Linie 656 und die damit verbundene Gelegenheit, dazu Stellung nehmen zu können.

Die Schülerbeförderung stellt insbesondere in der kalten Jahreszeit hohe Ansprüche an die Einsatzplanung und vor allem an unsere Fahrer. Das Fahrgastaufkommen ist jetzt wesentlich höher, als in den Sommermonaten. Viele Schüler fahren nicht mehr mit dem Fahrrad, lieber mit dem Bus.

Wie Sie schreiben, bedienen bereits zwei Omnibusse die Fahrzeit 07:10 Uhr ab Bhf Brieselang. Mit dem Einsatz des zweiten Omnibusses genügen wir dem erhöhten Beförderungsaufkommen.

Weiterhin behalten unsere Mitarbeiter in Falkensee den Schülerverkehr sehr sensibel im Auge. Unsere Fahrer berichten über die tägliche Inanspruchnahme und die Leitung des Verkehrsbereiches war bereits im Monat November mehrere Male vor Ort, zuletzt am 07.12.2011, um die Verantwortung in diesem Zusammenhang zu prüfen.

Bei der am 07.12.2011 durch den Verkehrsbereichsleiter persönlich durchgeführten Kontrolle konnte er feststellen, dass im ersten Omnibus (ein so genanntes Solofahrzeug) ausreichend Stehplätze vorhanden waren – ebenso im zweiten Omnibus (einem Gelenk-KOM) im hinteren Fahrzeugbereich (ab Drehkranz).

Wir laden Sie zu einem weiteren Vor-Ort-Termin ein. Herr Mundt als unser Verkehrsbereichsleiter in Falkensee würde sehr gern weitere Ausführungen übernehmen, quasi an den Orten des Geschehens. Sie erreichen ihn unter Telefon 03322 244001 oder per E-Mail: einsatz@falkensee@havelbus.de.

Schließlich möchten wir auf die erwähnte Fahrradmitnahme eingehen. Grundsätzlich regeln die Beförderungsbedingungen die Mitnahme, wonach diese unter bestimmten Voraussetzungen gestattet ist, nicht aber wenn die Besetzung des Fahrzeugs dies nicht zulässt.

In einem besetzten Omnibus mit stehenden Fahrgästen verbietet dies allein die Sicherheit. Die Entscheidung darüber obliegt allein dem Fahrer, der schließlich die Verantwortung zu tragen hat.

In einem Linienomnibus sind gemäß geltender Richtlinien durchaus stehende Fahrgäste üblich – auch in der Schülerbeförderung. Ein Sitzplatzanspruch mit Sicherheitsgurten ist im Reiseverkehr gesetzlich geregelt.

Apropos Sicherheit: Wir versichern Ihnen, dass diese stets Priorität besitzt!
Mit freundlichen Grüßen

i. A. Manuela Röbel
Assistentin der Geschäftsführung”

PM Landrat: Schulentwicklung HVL bis 2015/16

Veröffentlicht am 31.12.2011 durch Redaktion

Pressemitteilung des Landrats HVL:

Schulentwicklungsplanung 2015/2016 –Kreis sucht das Gespräch mit den Kommunen
Dieser Tage wurde der Entwurf der Schulentwicklungsplanung des Landkreises Havelland bis zum Schuljahr 2015/2016 fertig gestellt. Es ist geplant, ihn im Januar 2012 in den Ausschüssen zu diskutieren und im Februar im Kreistag zu beschließen.

Vorangegangen war das so genannte Benehmensverfahren. In diesem Verfahren hatten die Schulträger, benachbarte bzw. betroffene Landkreise und kreisfreie Städte, die Schulkonferenzen sowie der Kreisschulbeirat Gelegenheit, Stellungnahmen zum Entwurf abzugeben. Insgesamt 40 Stellungnahmen gingen bei der Kreisverwaltung Havelland ein und wurden ausgewertet. Überwiegend fand die Schulentwicklungsplanung dabei Zustimmung. Im Ergebnis weist der Schulentwicklungsplan aus, dass alle öffentlich getragenen Schulen im Landkreis nach vorliegenden Erkenntnissen gesichert erscheinen. Bei den weiterführenden allgemein bildenden Schulen zeichnet sich jedoch ab, dass diese angesichts der prognostizierten Schülerzahlentwicklung und Zügigkeiten eine qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit nur unter hohem persönlichem Einsatz sichern können. Erschwert wird diese Planung noch durch die bevorstehende Inklusion, zu der bislang keine konkreten Aussagen über zukünftige Schülerzahlen oder geforderte Klassenstärken gemacht werden können.

Diese erkannten Probleme haben die Kreisverwaltung veranlasst, das Gespräch mit den Städten und Gemeindenaufzunehmen: „Wir werden in konstruktiven Dialogen mit den Bürgermeistern Wege erörtern, wie die weiterführenden Schulen entlastet werden können“, so Landrat Dr. Burkhard Schröder. Das zu lösende Problem ist sehr komplex. Erst im Ergebnis dieser Gespräche sind Aussagen darüber möglich, wie sich die Zügigkeiten in den Schulen in der Zukunft entwickeln, wie die Standorte zur Sicherstellung eines qualitativ guten Bildungsangebotes ertüchtigt werden können bzw. wo, falls unvermeidbar, bestehende Kapazitäten erweitert werden müssen: „Wir wollen in diesen Fragestellungen bis zum Sommer 2012 im Benehmen mit den Bürgermeistern zu Entscheidungen kommen, um dann gemeinsam mit den Kommunen konkrete Maßnahmen vorbereiten zu können.“

Erik Nagel, Pressereferent

